REICHSAUSGABE

PREIS 10 PF.

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke" erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich zuzüglich Zustellgebühr nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Anzeigenpreise laut Preisliste. Redaktion und Verlag: Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7 Jannowitz 5909. Postscheckkonto Berlin Nr. 804 60 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 302 A | BERLIN • Sonnabend, den 21. Januar 1933 | 2. JAHRGANG

SA und Polizei provozieren gemeinsam!

Schleicher braucht Krawalle für seinen „Notstand".

W—er. Der Berliner Polizeipräsident hat die für den Sonntag angekündigte Demonstration der SA und SS vor dem kommunistischen Parteihaus am Bülowplatz genehmigt und die Gegenkundgebung der KP verboten. Er hat als Begründung angegeben, daß der vor einigen Jahren erschossene Horst Wessel auf dem Friedhof begraben liege, der etwa 200 Meter von dem Karl Liebknecht-Haus entfernt sei, und daß man deshalb den Nationalsozialisten für die geplante Ehrung Wessels den Platz freistellen müsse. Daß diese Begründung Unfug ist, geht schon daraus hervor, daß man einen Toten an jeder beliebigen Stelle ehren kann, beispielsweise, wenn es schon auf die 200 Meter ankommt, etwa 200 Meter nach der anderen Seite hin oder auf dem Friedhof selber.

Zwei Kommunisten, Kasper und Gohlke, haben dem Berliner Polizeivizepräsidenten, Herrn Moele, noch einmal erklärt, daß der Naziaufmarsch von der deutschen Arbeiterschaft als eine bewußte Provokation empfunden werde und daß es nicht zu verhindern sein werde, daß die Berliner Arbeiterschaft das kommunistische Parteihaus beschütze. Darauf erklärte der beamtete Ordnungshüter lächelnd:

„Na freuen Sie sich doch! Aber Demonstrationszüge sind verboten!"

Die Polizei weiß also, daß bei dieser Sachlage Zusammenstöße nur mit ziemlich geringer Wahrscheinlichkeit vermieden werden können. Da sie diese Zusammenstöße nicht verhindert, muß man Herrn Mosle vorwerfen, daß er hier in gröblichster Weise seine Pflichten als Polizeibeamter verletzt, weil er zur Störung der öffentlichen Sicherheit bewußt beiträgt. Wir schlagen deshalb den bei dem Aufmarsch der braunen Mörderbanden vor dem Liebknecht-Haus etwa zu Schaden Kommenden vor, gegen Herrn Mosle den Staatsanwalt mobil zu machen, und zwar unter Berufung etwa auf die Paragraphen 139, 222 und 340 des Reichs-Strafgesetzbuches.

§ 139: „Wer von dem Vorhaben . . . eines gemeingefährlichen Verbrechens zu einer Zeit, in welcher die Verhütung des Verbrechens möglich ist, glaubhafte Kenntnis erhält und es unterläßt, hiervon der Behörde . . zur rechten Zeit Anzeige zu machen, ist, wenn das Verbrechen . . . begangen worden ist, mit Gefängnis zu bestrafen."

§ 222: „Wer durch Fahrlässigkeit den Tod eines Menschen verursacht wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft.

Wenn der Täter zu der Aufmerksamkeit, welche er aus den Augen setzte, vermöge seines Amtes . . . besonders verpflichtet war, so kann die Strafe bis auf fünf Jahre Gefängnis erhöht werden."

§ 340: „Ein Beamter, welcher in Ausübung oder in Veranlassung der Ausübung seines Amtes vorsätzlich eine Körperverletzung begeht oder begehen läßt, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. . . ."

Juristen mögen das Strafgesetzbuch auf weitere Möglichkeiten des Einschreitens gegen die Herren Melcher und Mosle durchsehen.

Natürlich kann durch den Nachweis der Strafbarkeit des Benehmens führender Polizeileute nicht der Aufmarsch der Arbeitermörder am Bülowplatz verhindert werden.

Wir schlagen deshalb folgendes vor:

Die Kommunistische Partei verhandelt sofort mit dem Berliner Ortskartell der Freien Gewerkschaften, um diese zu bewegen, in der Demonstrationsangelegenheit einzuschreiten. Dies kann ganz einfach so geschehen, daß die Gewerkschaften den Berliner Polizeipräsidenten ersuchen, den bewußt provokatorischen Aufmarsch der SS auf dem Bülowplatz zu verbieten. Dieses Ersuchen muß begleitet sein von der Ankündigung eines allgemeinen Proteststreiks der Berliner Arbeiterschaft etwa vom Sonnabend mittag bis Sonnabend abend, worin die Arbeiterschaft zum Ausdruck bringt, daß Angehörige einer verlogenen Arbeitermörderpartei nicht vor den Parteihäusern der organisierten Berliner Arbeiterschaft demonstrieren dürfen, ohne daß diese Arbeiterschaft öffentlich erkennbar vor ihnen ausspuckt. Für den Fall, daß die Herren Polizeipräsidenten infolge ihrer Freundschaft zu den Hitler-Banden, die wir hier nicht behaupten wollen, sondern nur vermuten können, sich nicht entschließen, diesen Banden ihr provokatorisches Verhalten zu verbieten, wird vielleicht der Druck des Streiks sie an die Erfüllung ihrer Pflicht erinnern.

Wir halten jeden andern Schritt für falsch, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil er, abgesehen von den Opfern an Arbeiterleben, die er wahrscheinlich kosten würde, der herrschenden Klasse gar nicht so unerwünscht wäre.

Die politischen Verhältnisse im Innern Deutschlands sind so verfahren, die Regierung Schleicher und alle um sie herumscharwenzelnden Gruppen und Grüppchen der nationalen und kapitalistischen Kreise sind im Augenblick so verlegen um eine richtige Ausrede für die Aufrichtung des Belagerungszustandes, daß sie gern nach einer äußeren Möglichkeit greifen, den „gesetzlichen Notstand" zu proklamieren, auf Grund dessen der Arbeiterschaft die kümmerlichen Reste staatsbürgerlicher Freiheit aus der Hand geschlagen werden sollen. Die „Tägliche Rundschau", deren Ansichten mit der des Herrn von Schleicher ziemlich zusammenfallen, schreibt deshalb:

„Es ist nicht unwahrscheinlich, daß bei einer Verschärfung der Lage im Innern tatsächlich ein Notstand eintritt, der unter Umständen auf den Termin der Neuwahlen nicht ohne Folgen bleiben würde."

(Fortsetzung auf der 2. Seite)

AUS DEM INHALT:

Mit Flugzeug und Kanonen.
Noch immer Fall Stegmann.
Berliner SA-Führung drängt auf Terror.
Lehrerschaft heraus!
Dänemark verhältnismäßig krisenfest!
Um die Arbeitszeit-Verkürzung.

Einheitsfrontaktion „von oben" in Frankreich.

Gemeinsame Erklärung der Arbeiterparteien.

Vor einigen Wochen versuchte Paul Louis, der Führer der französischen „Partei für Proletarische Einheit" (Parti L'Unité Prolétarienne, PUP) die Führer der KP und SP für eine Einheitsaktion zu gewinnen. Der Versuch scheiterte, vor allem, weil die Kommunisten sich weigerten, die Aktion erst in kleinem Kreise, gemeinsam mit den Führern der anderen Parteien vorzubereiten, ehe sie gemeinsame Massenversammlungen u. s. w. veranstalteten.

Am Montag abend wurde noch einmal ein Versuch unternommen, die Einheitsfront zustandezubringen. In einem Pariser Kaffee trafen sich Vertreter der drei Parteien zu einer Besprechung. Folgende

gemeinsame Erklärung

wurde daraufhin veröffentlicht:

„Am Montag, dem 16. Januar, fand eine Zusammenkunft zwischen Delegierten der SP, KP und PUP statt zur Besprechung der Möglichkeit einer

gemeinsamen Versammlung in Paris über die Frage der Einheitsfront.

Es waren anwesend, von der KP: Doriot und Thorez; von der SP: Paul Faure und Séverac; von der PUP: Paul Louis, Junker und Drouz.

Von Anfang an haben die Delegierten der PUP erklärt, daß sie als Beobachter gekommen seien, und daß ihre Partei die gemeinsame Kundgebung von dem Zusammentreten des Verständigungskomitees abhängig gemacht habe. Es kam zu einer Debatte über die Nützlichkeit eines solchen Komitees. Die kommunistischen Delegierten erklärten, daß ihre Partei gegen das Verständigungskomitee sei und sich an öffentliche Kundgebungen vor der Masse halte.

Man sprach über die Bedingungen, unter denen eine Versammlung in Paris stattfinden könnte. Nachdem man vorerst darin übereingekommen war, daß diese Versammlung

einen würdigen und disziplinierten Charakter

erhalten müsse, und daß man sich vor allem mit den Parolen für die Zukunft beschäftigen würde, stellten die Sozialisten die Frage, ob es sich um eine beschränkte oder um eine sehr große Versammlung handeln sollte.

Die kommunistischen Delegierten waren für die zweite Möglichkeit. Was die Verteilung der Eintrittskarten unter den verschiedenen Organisationen betrifft, erklärten sie, daß ihnen diese unangebracht erschien, da dieses Thema doch auch Arbeiter interessiere, die nicht oder nicht mehr organisiert seien. Daran solle aber die in Aussicht genommene Auseinandersetzung nicht scheitern.

Die sozialistischen Delegierten erklärten, daß man auf jeden Fall Gelegenheit haben sollte, vorher zwischen zwei Methoden zu wählen; entweder brutal die verschiedenen Thesen der anwesenden Parteien gegenüberzustellen, oder das vorzubringen, was ihnen, trotz ihrer verschiedenen Auffassung in der Frage der Verwirklichung der Einheitsfront gemeinsam ist.

Nach diesem Gedankenaustausch gaben die Delegierten der SP und PUP bekannt, daß sie ihre Organisationen davon unterrichten würden."

*

Soweit die gemeinsame Erklärung. Am Tage nach ihrer kommentarlosen Veröffentlichung in der „Humanité", dem Zentralorgan der KPF, nahm Thorez in einem Leitartikel dazu Stellung. Er schrieb, daß die Kommunisten sich von der „Einheitsfront von unten" mehr versprächen, daß sie aber auch für öffentliche Auseinandersetzungen seien, damit die Arbeiter sich selber ein Urteil über die Parteien bilden könnten. Als die Sozialisten zur Teilnahme an einer KP-Versammlung in Paris aufgefordert worden seien, hätten sie folgende Bedingungen für die Annahme der Einladung gestellt: Gemeinsame Versammlungsleitung; gleiche Anzahl von Eintrittskarten zur Verfügung der teilnehmenden Organisationen;

gegenseitige Verpflichtung, Beschimpfungen und Gewalttätigkeiten zu unterlassen.

Obwohl die Kommunisten, wie aus der gemeinsamen Erklärung hervorgeht, dem zweiten Punkt nicht zustimmen, haben sie sich bereit erklärt, den Bedingungen der Sozialisten zuzustimmen.

In bezug auf die in Aussicht genommene Versammlung sei ein neuer Einwand erhoben worden: die Versammlung würde vielleicht nicht ruhig ablaufen und dann der Sache der Einheitsfront eher schaden. Dagegen meint Thorez, daß es doch jedenfalls ein Fortschritt sei, wenn man den Arbeitern Aufklärung verschaffe.

Ein anderer Punkt, über den noch keine Einigkeit besteht, ist der, ob der Inhalt der Reden vorher festgelegt und den Rednern der anderen Parteien zur Kenntnis gebracht werden soll. Die Kommunisten sind dagegen; sie erklären nur, daß sie vor allem darüber sprechen würden, warum und in welcher Hinsicht es möglich und unerläßlich ist,

daß sofort eine Einheitsfront des proletarischen Kampfes gegen das Kapital und diejenigen, die es unterstützen, organisiert wird.

*

Noch ist das erfolgreiche Zustandekommen einer Einheitsfront in Frankreich keineswegs gesichert — das geht aus diesen Ausführungen klar hervor. Aber dort wird wenigstens der *Versuch* unternommen, eine Verständigung der Parteivorstände zu erzielen; Thorez schimpft in seinem Aufsatz mit keinem Wort auf die Sozialisten. In Deutschland dagegen, wo die Lage heute noch bedeutend ernster ist als in Frankreich, in Deutschland meinen die Verantwortlichen in der Lindenstraße und im Karl-Liebknecht-Haus noch immer, es sich leisten zu dürfen, sich gegenseitig mit Schmutz zu bewerfen. Wir hoffen, daß die französischen Genossen eine erfolgreiche Kundgebung zustandebringen, daß die Kommunisten, wenn sie von den „Stützen des Kapitals" sprechen, die Sozialisten aus dem Spiel lassen, und daß die Sozialisten sich den Kommunisten gegenüber ähnlich benehmen. Selbstverständlich wäre ein Erfolg wahrscheinlicher, wenn gerade die erste gemeinsame Kundgebung das *Gemeinsame* der verschiedenen proletarischen Parteien betont hätte, und nicht eine *Auseinandersetzung* wäre. Aber auch eine solche kann gelingen, wenn sie den „würdigen und disziplinierten Charakter" erhält, von dem in der gemeinsamen Erklärung die Rede ist.

Für die deutschen Genossen sollte das Vorgehen der französischen Parteien eine Mahnung sein, es diesen gleich zu tun und die Provokation der Nazis in Berlin zum Anlaß für die Bildung einer breiten Einheitsfront zu nehmen.

SA und Polizei.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

Hier ist der Wunsch der Vater des Gedankens, und wir warnen deshalb die kommunistischen Genossen, auf diesen oft geübten Trick hineinzufallen. Nur im Zusammengehen mit der gesamten organisierten Arbeiterschaft kann der frechen Reaktion in Deutschland und auch anderswo der Weg zur Macht verbaut werden. Selbst für den Sonntag ist

noch Zeit genug, zu einer Verständigung mit der Berliner Arbeiterschaft und ihren Organisationen zu gelangen.

Der Ortsausschuß des ADGB sollte unserer Meinung nach auch unabhängig von einem etwaigen Schritt der Kommunistischen Partei eine Aufforderung an das Berliner Polizeipräsidium richten in der Art, wie wir es hier vorgeschlagen haben. Es geht in Deutschland längst nicht mehr um eine Aktion der Reaktion gegen die organisierten Kommunisten. Für die Reaktion sind Kommunisten und Sozialdemokraten und freie Gewerkschaften und überhaupt links-stehende Arbeiter dasselbe. Was heute dem Parteihaus am Bülowplatz geschieht, droht morgen dem Parteihaus in der Lindenstraße oder dem Gewerkschaftshaus am Engelufer. Hier darf nicht mehr nach Parteibüchern unterschieden werden, sondern nach der großen Richtung: Hie Sozialismus — hie Faschismus! Zwischen diesen beiden haben die Gewerkschaften bei dem von uns vorgeschlagenen Weg nur zu wählen. Diese Wahl kann selbstverständlich nicht schwer fallen.

Darum heraus mit einer entschiedenen und eindeutigen Parole zum befristeten Streik gegen die Melcher-Mosle--Hitler-Diktatur über Berlin.

Mit Flugzeugen und Kanonen.

Die Wahrzeichen des Imperialismus bei den unterdrückten Völkern.

H. M. „Man kann diese Zivilisation in zwei Worten zusammenfassen: Flugzeuge und Kanonen." So beurteilte Sun Yat-Sen das, um dessentwillen die Europäer behaupten, in anderen Ländern eine „Mission" erfüllen zu müssen. Wie entledigen sie sich dieser „Mission"? Ueber diese Frage sprach Pfarrer Wilhelm Mensching im Rahmen eines vom Bund entschiedener Schulreformer in Berlin veranstalteten Abends mit dem Thema: „Das Erwachen der Farbigen und das Abendland. Beobachtungen in vier Erdteilen."

Pfarrer Mensching sprach nicht als Sozialist. Er war vier Jahre lang in Afrika, vier Jahre lang in Indien und einige Zeit in den USA. Er hat überall mitangesehen, wie vor allem die Neger nicht als menschenwürdig angesehen werden. Gleichzeitig hat er sich davon überzeugt, daß diese Farbigen keineswegs hinter den Europäern zurückstehen. Er hat sich darum auf dem Gebiet des Rassenkampfes auf die Seite der Ausgebeuteten gestellt, während er das *weitere* Gebiet des Klassenkampfes nicht anerkennt. Daß er diesen Rassenkampf ernst nimmt, hat er durch seine Rede bewiesen, deren wesentlichen Inhalt wir hier wiedergeben.

USA.

10 bis 12 Millionen Neger gibt es in den Vereinigten Staaten. Verfassungsmäßig sind ihnen seit der Sklavenbefreiung die vollen Staatsbürgerrechte zuerkannt. Praktisch werden sie in den Südstaaten, wo sie hauptsächlich leben, wie Vieh behandelt: sie dürfen nicht die gleichen Eisenbahn- und Straßenbahn-Wagen benutzen, wie die Weißen, nicht die gleichen Restaurants u. s. w. In vielen Staaten dürfen sie sich nicht an den Wahlen beteiligen. Die schlimmste Unterdrückungsmaßnahme ist jedoch die Lynchjustiz. Mensching erzählte, er habe in einer Zeitung gelesen:

„Heute abend werden sechs Neger gelyncht."

Es handelt sich also offensichtlich nicht um plötzliche Wutausbrüche, sondern um vorbereitete Roheitsakte, die von den Behörden verhindert werden könnten. Die gleiche Zeitung berichtete dann über den Mord unter der Ueberschrift: „Zoll für Zoll geröstet."

Afrika.

Die amerikanischen *Neger sind Nachkommen* der etwa 12 Millionen Neger, die aus Afrika als Sklaven nach Nordamerika verfrachtet worden sind. Etwa zehnmal so viele Neger sind auf dem Transport von ihrem Heimatlande nach Amerika umgekommen.

Westafrika hat den großen Vorzug, ein Klima zu haben, das Europäern völlig unzuträglich ist. Dort sind daher die Neger unter sich geblieben. Die britische Kolonie Nigeria liefert ein Beispiel dafür, was unter solchen Bedingungen aus einem afrikanischen Volk wird: Nigeria ist der größte Kakaoproduzent der Welt. Auch andere Rohstoffe werden von dort ausgeführt.

Es gibt im ganzen Land keine Plantagen, nur Kleinbauern.

Das Land ist nicht das Privateigentum der Bauern, sondern gehört der Sippe.

Nigeria ist wohl das von der Wirtschaftskrise am wenigsten erfaßte Land der Welt.

Es gibt dort eine ganze Anzahl von Volksschulen und eine Universität.

In Französisch-, Belgisch- und Portugiesisch-Westafrika ist die Lage anders: dort herrschen mächtige Konzessionsgesellschaften, die, um ungeheure Profite zu machen, einen kaum vorstellbaren Raubbau mit der Bevölkerung treiben. Innerhalb weniger Jahre ist die Bevölkerung des Belgischen Kongo um 30 bis 40 Prozent gesunken, die Französisch-Aequatorial-Afrikas um 63 Prozent.

Die aufständischen Hereros in Südafrika wurden innerhal sechs Jahren um 50 Prozent verringert, bei den Hottentotten dauerte dieser Prozeß 16 Jahre lang. Viele Neger kamen um, weil die Europäer sie in die verseuchten Gebiete vertrieben haben, um sich selber das gute Land in den seuchenfreien Gebieten anzueignen. Oder die Neger wurden in die Bergwerke und Fabriken getrieben und konnten sich an das neue Leben nicht gewöhnen. Bei dem Bau einer Eisenbahn starben 94 Prozent der beschäftigten Arbeiter. Ein Afrikaner hat einmal gesagt: *„Die Weißen denken nur an die Stoffe und vergessen darüber die Menschen!"*

Die Behandlung der Neger ist am schlimmsten in den Staaten, wo auch Weiße wohnen können, vor allem in Kenia und der Südafrikanischen Union. In der Verfassung von Transvaal steht:

„In diesem Staate darf zwischen Weißen und Farbigen nie Gleichheit bestehen."

Die einzige Gleichheit, die denn auch zwischen Weißen und Farbigen in den meisten Kolonisierungsgebieten besteht, ist die „Gleichheit" in bezug auf das Zahlen von Steuern:

der reichste europäische Plantagenbesitzer braucht nicht mehr Steuern zu zahlen als der ärmste Neger;

die Kopfsteuer beträgt ganz gleichmäßig in Transvaal 15 Mark im Jahr. Für die Erziehung eines weißen Kindes werden aus Staatsmitteln 40 Mark aufgewandt, für die eines schwarzen Kindes 25 Pfennige!

In Südrhodesien gibt es noch zwei afrikanische Landbesitzer.

In Kenia besteht weniger als 1 Prozent der Bevölkerung aus Europäern *und* Asiaten.

2000 Weiße besitzen dort doppelt soviel Land wie 2 000 000 Neger.

In der Südafrikanischen Union besitzt die farbige Bevölkerung **— ⅘ der gesamten Bevölkerung — 1/18 des Bodens.**

In der Südafrikanischen Union ist den Negern das Tragen von Waffen, auch von Speeren, verboten. Bei den nach 1918 erfolgten Streiks der Neger, vor allem in den Bergwerksbezirken, schossen die Europäer die streikenden Arbeiter wie Hasen ab.

*

In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß doch die Unterdrückung in Liberien und Abessinien, den beiden selbständigen Staaten Afrikas, noch schlimmer sei, als in den Kolonialgebieten, daß man also die Schuld an den Zuständen in Afrika nicht nur den imperialistischen Mächten zuschieben dürfe. Mensching antwortete darauf, daß jene Staaten nicht unabhängig seien von den Finanzmitteln der Europäer. Deshalb wird Liberien in Wirklichkeit von der Firestone Company beherrscht, die dieses Land finanziert.

Während Mensching zu der Frage, ob es überhaupt Kolonien geben sollte, nicht grundsätzlich Stellung nahm, erklärte Oesterreich, daß der Bund entschiedener Schulreformer gegen jede Kolonialpolitik sei.

Die Genossin Chi-Yin Chen sprach über die Ausbeutung in China, vor allem über den Krieg in der Mandschurei und in Nordchina. Sie erinnerte daran, daß dieser Krieg nur möglich ist, weil in Europa, auch in Deutschland, Waffen und Munition für den Fernen Osten produziert werden. Eine Rednerin wies darauf hin, daß die Tätigkeit der Deutschen Kolonialgesellschaft sich wieder verstärkt bemerkbar macht mit dem Erfolg, daß in mehreren deutschen Ländern, darunter auch in Preußen, Schulerlasse herausgekommen sind, in denen die Beeinflussung der Jugend im Sinne der „Notwendigkeit der Zurückgewinnung der deutschen Kolonien" befohlen wird.

Es ist Aufgabe der Lehrerschaft, sich dieser Hetze zu widersetzen; es ist überhaupt die Aufgabe jedes rechtlich denkenden Menschen, überall im öffentlichen Leben nach Kräften gegen das Treiben der Kolonialpolitiker und sonstigen Chauvinisten vorzugehen. Es ist also keineswegs so, daß es in Deutschland, dem die Kolonien durch den Versailler Vertrag fortgenommen worden sind, in bezug auf Kolonialpolitik keine Aufgaben mehr gäbe.

Der sozialistische Finanzplan im Finanzausschuß angenommen.

Der Finanzausschuß der französischen Kammer hat am Donnerstag mit 24 gegen 11 Stimmen beschlossen, den Finanzplan, den die Sozialistische Fraktion dem Plan Chérons entgegensetzen will, mit in die Finanzberatungen aufzunehmen. Auf den ausdrücklichen Wunsch der Sozialisten wurde jedoch betont, daß der Regierungsvorschlag durch die sozialistischen Vorschläge nur ergänzt werden solle. Wenn nämlich der sozialistische Plan als Ersatz für den Plan der Regierung angenommen worden wäre, so hätte dieser Beschluß des Ausschusses leicht eine Regierungskrise nach sich ziehen können

Blum fordert im „Populaire" die rechte Opposition heraus, selber praktische Vorschläge für die Ausgleichung des Budgets zu machen, besonders da es die Regierung der Rechten war, die an der schwierigen Finanzlage schuld sei. Blum schreibt, er wisse wohl, daß die rechte Opposition nur darauf warte, daß die Regierung nicht weiter könne und die Nationale Konzentration an die Macht komme. Die sozialistische Fraktion werde diese Manöver aufmerksam verfolgen. Sie zu zerschlagen, sei Aufgabe der Regierung.

*

Nachdem der Finanzausschuß der französischen Kammer fast Punkt für Punkt das Finanzprogramm der Regierung durch das der Sozialisten ersetzt hatte, begab sich der Vorsitzende des Finanzausschusses, Malvy, zu Chéron, um mit ihm und Paul-Boncour die hierdurch entstandene Lage zu besprechen. In der Kammer wurde bereits mit dem Rücktritt des Finanzministers gerechnet. Dieser scheint jedoch zum Nachgeben bereit zu sein.

Das Programm für die Weltwirtschaftskonferenz.

Der große Sachverständigenausschuß für die Londoner Weltwirtschaftskonferenz hat nach zehntägiger Arbeit am Donnerstag das Programm für die Konferenz angenommen. Die Tagesordnung umfaßt folgende Punkte:

1. **Währungs- und Kreditpolitik.** Zu diesem Punkt heißt es im Kommentar des Sachverständigenausschusses: Wiederherstellung der Beziehungen durch langsame vorsichtige Rückkehr zur Goldwährung in Zusammenarbeit der Zentralbanken.

2. **Warenpreise.** Die Verhandlungen über diesen Punkt werden voraussichtlich um die Frage gehen: Hebung des internationalen Preisniveaus durch allgemeine billige Zins- und Kreditpolitik.

3. **Wiederherstellung des Kapitalverkehrs.** Zu diesem Punkt gehören die Erörterungen über die Abschaffung der Devisenzwangswirtschaft, die Herstellung des Haushaltsgleichgewichts und die Regelung der kurzfristigen Verschuldung.

4. **Beseitigung der internationalen Handelshemmnisse,** Erörterung der Zolltarif- und Handelsvertragspolitik.

5. **Organisation der Produktion und des Devisenverkehrs.**

In der Einleitung zur Tagesordnung stellt der Sachverständigenausschuß fest, daß die Londoner Konferenz zwar nicht zuständig sei für das internationale Schuldenproblem, daß jedoch ohne eine Regelung dieses Problems eine wirtschaftliche und finanzielle Gesundung völlig undenkbar sei.

Die holländischen Eisenbahnen machen ein Zugeständnis.

(ITF) Im Oktober 1932 haben die holländischen Eisenbahnen einen Gehaltsabbau von 5 Prozent durchgeführt. Im Januar 1933 sollten weitere 5 Prozent gekürzt werden. Unter dem Druck der Personalorganisationen hat sich die Direktion bereit erklärt, den Gesamtabbau auf 8 Prozent zu reduzieren, und die zweite Senkung statt am 1. Januar erst am 1. April vorzunehmen. Ferner haben sich die Bahnen verpflichtet, den Beitrag zur Krankenversicherung für Familienangehörige der Bediensteten bis zu einem Höchstbetrage von 3,50 Mark wöchentlich zu übernehmen. Dieses Zugeständnis bedeutet, daß der beabsichtigte weitere Lohnabbau von 5 Prozent, der am 1. April in Kraft treten soll, für die ersten 10 Personalgruppen auf 0,63 bis 2,28 Prozent zurückgeschraubt wird.

Die englischen Eisenbahner zum Kampf bereit.

H. M. Wir berichteten bereits, daß der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses zur Beilegung des zwischen den englischen Eisenbahngesellschaften und Gewerkschaften entstandenen Konflikts Lohnkürzungen vorgeschlagen hat, die zwar milder sind, als die Gesellschaften sie gefordert haben, aber weder von den Unternehmern noch von den Arbeitern angenommen worden sind. Seit der Bericht des Schlichtungsausschusses veröffentlicht worden ist, sind die Verhandlungen über die Lohnsenkungen nicht wieder aufgenommen worden. Fast scheint es, als wollten die Eisenbahngesellschaften für ihren Vorstoß einen günstigeren Augenblick abwarten, da ihnen das energische Vorgehen der Gewerkschaften, die mit einem allgemeinen Verkehrsstreik drohen, Furcht einflößen mag. Daß die Gewerkschaften weiterhin an ihren Forderungen festhalten, geht aus einer Rede Dobbies, des Vorsitzenden des englischen Eisenbahnerverbandes, hervor, die er am Montag in London hielt. Er sagte u. a.:

„Die Gewerkschaften hatten beschlossen, die Vorschläge des Vorsitzenden (des Schlichtungsausschusses. H. M.) nicht anzunehmen. Selbst wenn die Unternehmer sie angenommen hätten und diese Vorschläge so zu Mehrheitsbeschlüssen des Schlichtungsausschusses geworden wären, wären wir nicht bereit gewesen, auch nur noch einen halben Penny der Eisenbahnerlöhne aufzugeben. . . . Niemand weiß, welches der nächste Schritt sein wird. Wenn sich die Sache entwickeln sollte, hoffe ich, daß wir in der Lage sein werden,

die notwendigen Vereinbarungen mit den Hafenarbeitern und anderen Transportarbeitern zu treffen, nicht nur in London, sondern auch in anderen Zentren."

Der Vollzugsausschuß des Bezirksverbandes der Eisenbahner in Liverpool und Nordwales hat bereits die zur

Bildung von Streikkomitees

erforderlichen Schritte unternommen! Flugblätter werden verteilt, in denen die Arbeiter auf die Tragweite der Lohnabbauforderungen hingewiesen werden.

*

Wie wir eben erfahren, haben die Unternehmer den Vorschlag des Schlichtungsausschusses angenommen.

Die Rettungsarbeit für Huan-Ping

An das Auswärtige Amt der Nanking-Regierung ist folgendes Telegramm geschickt worden:

„Das von Tschang Hsue-Liang erhaltene Telegramm erklärt, daß der Vorsitzende des Allchinesischen Gewerkschaftsverbandes, Huan-Ping, von Nankinger Behörden verhaftet wurde. Der Generalrat der Liga gegen Imperialismus erneuert seinen Protest und fordert die sofortige Freilassung ihres Mitgliedes. Wenn ein gerichtliches Verfahren eingeleitet wird, bestehen wir auf Verweisung an ein ordentliches Gericht und ersuchen um die Erlaubnis, unseren Rechtsbeistand und unsere Vertreter nach Nanking zu entsenden und sie bei Gericht zuzulassen.

Für den Generalrat der Liga gegen Imperialismus:

Bridgeman, London; Nejedly, Prag;
Münzenberg, Berlin; Barbusse, Paris."

380 erfrorene chinesische Freischärler, mit leichten Sommeruniformen bekleidet, wurden von japanischen Truppen an der koreanischen Grenze aufgefunden. Sie hatten sich im Dezember vor der japanischen Uebermacht auf einen Berg zurückgezogen und vierzehn Tage lang alle japanischen Angriffe zurückgeschlagen. Als dann die Kältewelle kam, verstummte ihr Feuer.

Natürlich! Die Kaiserliche Musikakademie in Tokio brachte in ihrem ersten Winterkonzert zur Aufführung das Vorspiel und die Ouvertüre von — „Lohengrin". Diese Wagnersche Musik, ein Ausdruck sentimentaler Aufgedonnertheit ohne wirkliche Kraft, im wilhelminischen Deutschland sehr beliebt, von Hitler schwärmerisch aufgezogen — wie er in „seinem Kampf" erzählt — soll in Tokio einen tiefen Eindruck hinterlassen haben.

Das Urteil im Oustric-Prozeß.

Milde Strafen für kapitalistische Betrüger.

Oustric, dessen Name durch den im Jahre 1930 ans Tageslicht gekommenen französischen Bankenskandal bekannt geworden ist, wurde wegen seiner damaligen Vergehen zu einem Jahr Gefängnis und einer Geldstrafe von 3000 Francs (500 Mark!) verurteilt. Sein Komplize, der Italiener Gualino, erhielt die gleiche Strafe.

„Herabminderung des Ansehens Ungarns in 11 Fällen."

Ein faschistisches Urteil.

Hock, ein ungarischer Pfarrer und Schriftsteller, der Ungarn bei Ausrufung der Räterepublik verlassen und später im Ausland lebhaft gegen den weißen Terror des Horthy-Regimes agitiert hatte, kehrte kürzlich nach Ungarn zurück und wurde sofort verhaftet. Er wurde verklagt wegen „Herabminderung des Ansehens Ungarns, in elf Fällen, hauptsächlich in Wien und Chicago". Angesichts des hohen Alters des Angeklagten — er ist bereits 70 Jahre alt — fand er — für ungarische Verhältnisse — „milde" Richter:

Er wurde zu zehn Jahren Gefängnis und zehn Jahren Amtsverlust verurteilt!

Die Untersuchung über den Brand der „Atlantique" hat ergeben, daß die Ursache des Brandes ein Kurzschluß war.

Argumente gegen Arbeitszeit-Verkürzung.

(IGB.) Die in Genf tagende Vorbereitende Technische Konferenz zur Besprechung der Frage der 40-Stunden-Woche widmete eine ganze Woche der allgemeinen Diskussion. Was die Argumente zugunsten der Verkürzung der Arbeitszeit betrifft, so lassen sie sich in einem Satz zusammenfassen:

Es gibt auf der Welt 30 Millionen Arbeitslose,

von denen bei 48stündiger Arbeitszeit und bei voller Ausnutzung des Produktionsapparates der Welt auch ohne Wirtschaftskrise Millionen keine Beschäftigung mehr finden werden! Wenn nicht alle Staaten durch diese Reservearmee und durch den damit verursachten Ausfall an Kaufkraft immer tiefer ins Elend geraten wollen, so müssen diese Dauerarbeitslosen in den Produktionsprozeß zurückgeführt werden. Es ist in zahlreichen Fällen praktisch bewiesen worden,

daß durch die Verkürzung der Arbeitszeit Arbeit geschaffen werden kann.

Gerade in den letzten Tagen hat z. B. die Zwischenstaatliche Handelskommission der Vereinigten Staaten auf Grund einer ernsthaften Erhebung bewiesen, daß der 6-Stunden-Tag, obwohl er bei den Eisenbahnen schwieriger durchzuführen ist als in jeder anderen Industrie, praktisch möglich ist, daß er auf den Betrieb keinen schlechten Einfluß ausüben und überdies 60 000—100 000 Mann in Beschäftigung bringen würde.

Das allerbeste Argument für die Verkürzung der Arbeitszeit ist jedoch die Armut und Fadenscheinigkeit der Argumente der Gegner.

Was in der dem Unternehmertum freundlichen Presse aller Länder in der ersten Verhandlungswoche der Konferenz gegen die Arbeitszeitverkürzung gesagt wurde, gehört zum kläglichsten Gestammel, das man von mut- und hilflosen Menschen erwarten kann. Wenn man von der ebenso alten wie faulen Ausrede absieht, wonach durch eine Arbeitszeitverkürzung die Produktionskosten ungebührlich erhöht würden, und wenn man ferner weiß, daß der Lohn an sich an den Produktionskosten meistens einen geringen Anteil hat und auf alle Fälle seine Anpassung bei international verkürzter Arbeitszeit nicht ins Gewicht fällt (da die Verschiebung in den Kosten für alle die gleiche ist), so bleibt an ernst zu nehmenden Argumenten überhaupt nichts mehr übrig.

Woher soll man die Arbeiter nehmen?

Ist es nicht ein Argument *für* die Arbeitszeitverkürzung, wenn die Unternehmer und ihre Presse derart in Verlegenheit geraten, daß sie sich bei 30 Millionen Arbeitslosen (nahezu ⅓ der Arbeiterschaft der industriellen Länder) immer wieder besorgt fragen, „ob für Betriebe, die zur Zeit noch besser als andere beschäftigt sind, bei vermehrter Beschäftigung die neuen Arbeitskräfte, die man einstellen müßte,

wirklich auch zu finden wären?“

Oder wenn eine Weltberühmtheit wie Prof. Cassel sorgenvoll die Stirn runzelt und sagt, es sei

„durchaus nicht sicher, daß man die gelernten Arbeiter und das Aufsichtspersonal auftreiben kann, die bei einer Zunahme der Zahl der Arbeiter nötig werden“.

(Im gleichen Atemzug behauptet dann allerdings der Herr Professor, daß durch die Erhöhung der Produktionskosten die Unternehmer zu weiterer Rationalisierung getrieben werden und damit die Arbeitslosigkeit wieder vergrößert wird.) —

Ein wirtschaftliches Problem!

Das Argument, wonach ja die Welt bei der Einführung der 48-Stunden-Woche auch nicht zugrunde gegangen sei, wird von einem braven Sachwalter des Liberalismus, der damit eine weitverbreitete Meinung ausdrückt, wie folgt bestritten: „Es handelt sich heute um ein anderes Problem. Die Einführung der 48-Stunden-Woche im Jahre 1919 war die Einlösung eines Versprechens, das während des Krieges der Arbeiterschaft verschiedener kriegführender Staaten gegeben wurde. Die Herabsetzung der Arbeitszeit war ein soziales und gesundheitliches Postulat. Sie ließ sich wirtschaftlich mit dem Stand der Produktion rechtfertigen. Die heute geforderte Arbeitszeitverkürzung ist aber kein soziales Problem mehr. Sie ist aus rein wirtschaftlichen Ueberlegungen entstanden und ist auch nur wirtschaftlich zu betrachten.“

Obwohl die Arbeitszeitverkürzung bei der hoch gesteigerten Automatisierung und Technisierung auch heute noch — ja gerade heute! — als „soziales und gesundheitliches Problem“ betrachtet werden muß und sich eine Arbeitszeitverkürzung heute viel eher als im Jahre 1919 mit dem „Stand der Produktion rechtfertigen läßt“ (was übrigens damals von den gleichen Leuten bestritten wurde!),

kann sich die Arbeiterschaft ohne weiteres damit einverstanden erklären, heute die Diskussion nur auf Grund „rein wirtschaftlicher Ueberlegungen“ zu führen. Das Resultat wird kein anderes sein!

Wenn der dauernde Ausfall der Kaufkraft von Millionen von Menschen als *wirtschaftliches* Argument für die Arbeitszeitverkürzung nicht ausreicht, so darf man sich fragen, ob dann die Gegner der 40-Stunden-Woche von wirtschaftlichen Argumenten erst dann überzeugt sind,

wenn die Menschen bei vollen Scheunen hungern.

Zurück zum Kulltum.

Ein Hauptargument von Prof. Cassel, der in diesen Dingen als wirtschaftspolitischer Papst der Unternehmer spricht, mündet in das Klagelied aus, daß „in der ganzen Zeit seit dem Kriege die Arbeitskosten der Industrie der westlichen Welt zu hoch gewesen seien im Vergleich zum Landbau und der Kolonialwelt“. Dies heißt wohl mit anderen Worten, daß die Welt erst wieder gesund und glücklich und die Industrie voll beschäftigt sein wird, wenn die europäischen Arbeiter wie Kulis leben?

Furcht vor der „Landflucht“.

Ein anderes, viel angeführtes Argument lautet dahin, daß durch weitere Verkürzung der Arbeitszeit in der Industrie „der Zug vom Land nach der Stadt noch viel stärker einsetzen werde.“ Die gleichen Leute, die außerhalb der Konferenz von diesem Argument leben, wehren sich dann als Delegierte der Arbeitskonferenzen mit Händen und Füßen dagegen, daß die Landwirtschaft in die Arbeitszeitübereinkommen einbezogen wird (weshalb denn auch gerade in der jetzigen Konferenz die Arbeitergruppe einen energischen Protest gegen diesen Ausschluß annahm).

Die gleichen Leute, die „im Interesse der Wirtschaft“ zu Hause gegen eine Arbeitszeitverkürzung sind, da „die Konkurrenz dies nicht zulasse“, lehnen in Genf ein allgemeines internationales Uebereinkommen, das diese Bedenken hinfällig machen würde, ab und befürworten Einzelübereinkommen zwischen gewissen Staaten und für gewisse Industrien. Der rumänische Unternehmerdelegierte wollte sogar sein Land von einer Konvention ausgeschlossen wissen wegen der geringen Leistungsfähigkeit seiner mangelhaft geschulten Arbeiter. Dabei ist in Rumänien trotz des „feierlichen Versprechens“ im Versailler Vertrag und trotz der Ratifizierung der 8-Stunden-Tag-Konvention eine Arbeitszeit bis zu 60 Stunden per Woche noch gang und gäbe!

*

Alle bis jetzt in Genf und außerhalb Genfs gegen die Arbeitszeitverkürzung ins Feld geführten Argumente sind faule Ausreden von Leuten, die schlechten Willens sind und eine Gesellschaftsordnung vertreten, deren Führer nicht mehr die Spannkraft aufbringen, gegen ein großes Uebel mit großen Mitteln anzukämpfen.

Kein einziger Gegner der Arbeitszeitverkürzung, der sich über dieses „Patent-Heilmittel“ der Arbeiter lustig macht, ist imstande, auch nur ein einziges sofort wirksames Mittel in Vorschlag zu bringen, durch das die Arbeitslosigkeit auf andere Weise verringert werden könnte! Der einzige Gegenvorschlag lautet: abwarten und auf einen natürlichen Ausgleich hoffen.

Jouhaux, der Wortführer der Arbeitergruppe, hat deshalb seine große Anklagerede mit Recht auf einen Ton abgestimmt, der einem Ultimatum gleichkommt:

„Wenn die Delegierten glauben, daß das Problem vertagt werden soll, so werden wir wissen, woran wir uns zu halten und in welchem Sinne wir unsere Aktion zu gestalten haben!“

Die internationale Resolution.

Für Erhaltung der „Lebenshaltung“ aber gegen Erhaltung der Wochenlöhne!

Am Donnerstag wurde auf der Internationalen Konferenz für die Einführung der 40-Stunden-Woche über die grundsätzlichen Anträge der Arbeitnehmer- und Regierungsvertreter abgestimmt.

Der Antrag der Arbeitnehmergruppe für Aufrechterhaltung der Wochen- und Monatslöhne bei Einführung der 40-Stunden-Woche wurde mit 21 gegen 17 Stimmen abgelehnt. Gegen den Antrag stimmten selbstverständlich alle Arbeitgebervertreter, außerdem zahlreiche Regierungsvertreter, darunter die von Deutschland, England und der Schweiz. Der Stimme enthielten sich die Regierungsvertreter Frankreichs, Italiens und Japans.

Dann kam ein gemeinsamer Antrag einer Gruppe von Regierungen zur Abstimmung, der u. a. von den Vertretern Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und der Tschechoslowakei unterzeichnet war. Dieser Antrag enthält die Erklärung, daß die Kürzung der Arbeitszeit ein geeignetes Mittel für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sei und daher die Durchführung der 40-Stunden-Woche in Angriff genommen werden müßte. Jedoch könne die Kürzung der Arbeitszeit nur unter Aufrechterhaltung der Lebenshaltung der Arbeitermassen erfolgen. Die Konferenz beschließe daher, in die technischen Beratungen auf der Grundlage des Abkommensentwurfs des Internationalen Arbeitsamts über die Einführung der 40-Stunden-Woche einzutreten.

Dieser Antrag wurde mit 41 gegen 21 Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen angenommen. Gegen den Antrag stimmten die Arbeitgebergruppe und einige Regierungsvertreter.

Nach der Abstimmung gab der dänische Arbeitgebervertreter eine Erklärung ab, in der er mitteilte, daß die Arbeitgebergruppe ihre Absicht, bei Annahme dieses Antrages an den weiteren Arbeiten der Konferenz nicht mehr teilzunehmen, aufgegeben habe.

Grippe-Epidemie in Braunschweig.

Die Braunschweiger Volks- und Mittelschulen sind für acht Tage geschlossen worden, da infolge einer Grippe-Epidemie in manchen Schulen durchschnittlich 40 Prozent der Lehrer und Schüler fehlten.

In Wolfenbüttel mußten ebenfalls mehrere Schulklassen aus dem gleichen Grunde geschlossen werden.

Es brannte im Stillen Ozean, genauer: bei Honolulu auf den amerikanischen Hawai-Inseln, die für die USA die strategische Brücke nach den Philippinen und Asien hinüber darstellen. Riesige Flughallen des Marineflughafens Lukefield wurden durch Großfeuer zerstört. Glücklicher Weise verbrannten zahlreiche Großbombenflugzeuge. Schaden: mehrere hunderttausend Dollar! Ueber Einzelheiten verweigern die Behörden die Auskunft.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Eisenach: Donnerstag, 26. Januar, 20.15 Uhr, im „Goldenen Engel“, Katharinenstr. Thema: Kampf dem Schleicher-Kurs!

Mainz: Dienstag, 24. Januar, 20 Uhr, Wirtschaft Hoerlein, Ecke Hafen- und Frauenlobstraße. Thema: Was ist uns heute Lenin?

Köln-Mitte: Dienstag, 24. Januar, 20.15 Uhr, im Coloniasaal, Aachener Str. 5. Thema: Die Justiz der herrschenden Klasse wütet! Redner: Hans Lehnert (München). Eintritt: 15 Pfennig. Für Erwerbslose: 10 Pfennig.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Tel.: P 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29

A. M. FREY (6

DIE PFLASTERKÄSTEN

Unberechtigter Nachdruck verboten. Copyright 1929 by G. Kiepenheuer Verlag AG. Berlin.

Sollte man sich fahrender Weise so weit entfernt haben von der Quelle des gestrigen Geschützdonners? Sollte man doch sozusagen ungeahnten Wonnen entgegeneilen — einem Regimente zu, das aus irgendwelchen, kaum glaublichen Glücksschlägen in Abrahams Schoße ruht?

Fast hätten sie ihre Station verpaßt. Sie halten wieder einmal, neben einer geschlossenen Bahnschranke und einem Wärterhäuschen. „Wir müssen hinaus! La Vallée — dort steht es!“ schreit Funk und weist auf ein kleines, halbzersplittertes Schild.

Sie stürzen schwerfällig weg, mit den dicken Tornistern, den schwertlangen Seitengewehren, den großen Pistolen, den Verbandtaschen am Gurt.

„Wo geht es nach Château La Vallée?“ fragt Funk einen Soldaten, der herumlungert und die Schranke bedienen soll, die er aber aus Bequemlichkeit geschlossen läßt. Weil links und rechts ein Graben ist, der noch unbequemer wäre, müssen die drei unterm Schlagbaum durchkriechen. Den dünnen Bader zieht dabei die Last des Rückens, die Last der Koppel so sehr nieder, daß er der Länge nach in das zermahlene Erdreich der Straße gerät. Den Soldaten freut es herzhaft; jetzt schafft er die Schranke in die Höhe und gibt Auskunft. „Nach La Vallée? Dorthin.“

„Ist es weit?“

„Nein.“

„Wie weit?“

„Nicht weit“, sagt er und kehrt ihnen den Rücken. Sie bieten ihm keine Unterhaltung mehr.

Die drei beginnen durch staubige Erde zu waten. Der Feldweg ist zerfahren und ausgetrocknet. Unter einer sommerlich starken Sonne, die alles Herbstliche der Luft besiegt hat, bricht ihnen nach hundert Schritten der Schweiß aus. Sie bleiben schnaufend stehen, Funk sieht sich um: der Zug, den sie so stürmisch verlassen haben, verharrt immer noch hinter der offenen Bahnschranke. Wie unnötig war ihre schuljungenhafte Eile!

Sie stapfen wieder vorwärts — aber da hat nun doch wohl mit einem dumpfen Knall der Zug sich in Bewegung gesetzt — ganz plötzlich, seltsam plötzlich und umfassend laut — oder was war das?

Im nächsten Augenblick wissen sie, was es war, denn es wiederholt sich: Geschützdonner, viel stärker, viel näher als je bisher. Alle kindischen Hoffnungen versinken. Das schmeißt einen um im ersten Moment, aber im zweiten erkennt man, daß es gut so ist. „Was für ärgerliche Narren wir gewesen sind, in was für alberne Träume haben wir versucht uns einzulullen!“ denkt Funk erbittert. „Weg damit! Hinein in die Wirklichkeit.“

Aber die Wirklichkeit selber ist immer noch auf Täuschung erpicht, sie tut sich freundlich auf. Schloß La Vallée wird nach einer Stunde erreicht — einer Oase gleichend, in einem prangenden Park unter schimmernden Wogen von Grün, ein guterhaltenes Prunkgebäude, das nach Festen, nach Tanz, nach schönen Frauen aussieht.

Mittlerweile, bis jene vielleicht wiederkommen, hausen hier Verpflegungsoffiziere und ähnlich beschauliche Leute von der großen Bagage.

Immerhin des Regiments, zu dem die drei Krankenträger gehören. Insofern sind sie endlich angelangt. Aber nur, um gleich weitergeschickt zu werden. Denn ein Leutnant, vor den sie geraten, sagt ihnen, hier hätten sie gar nichts zu suchen, sie hätten sich unverzüglich zu melden beim Regimentsarzt; der sei in Fournes.

Trotzdem versteckt ein gutmütiger Unteroffizier sie in einem grünen Busch, nahe bei der Feldküche, die aber nicht arbeitet, sondern repariert werden soll, und füttert sie mit einem duftenden Himbeergelee, mit schmackhafter Büchsenwurst, gezuckertem Kaffee und einer halben Käsekugel.

„Ihr müßt nicht meinen, daß es eilt“, flüstert er. „Laßt euch Zeit. Der Krieg läßt sich auch Zeit. Ihr kommt nicht zu spät.“

Die drei bedanken sich und wollen doch weiter, denn zu sehr steckt ihnen die Garnisondisziplin noch in den Knochen.

„Nichts zu danken“, sagt der Unteroffizier. „Wir haben's hier ja reichlich, wir versorgen die Stäbe. Aber glaubt nicht, daß ihr das alle Tage kriegt. Was ihr da gefressen habt, war Offiziersfutter. Nichts zu danken, wie gesagt, aber wenn's mich einmal erwischt, hoff ich an einen von euch zu geraten, der mich ordentlich verbindet.“

„Wie soll Sie's erwischen, Herr Unteroffizier?“ fragt der Stöger harmlos. „Wo Sie doch hier schön heimlich im Schlösserl sitzen.“

„So? Schön heimlich? Heut und morgen noch. Glaubt ihr, daß wir hier alt werden? Es kommt noch ganz anders.“

„Es kommt noch ganz anders?“ forscht Holzer unsicher. „Aber, wie's auch kommt, auf alle Fälle sind wir vor diesem zweiten Winter daheim.“

„Sonst wär's gefehlt“, bekräftigt der Unteroffizier zum Abschied.

Sie waten wieder durch eine Landschaft, die unmerklich trostloser wird — sie hätten nicht sagen können, weshalb. Stieg Trostlosigkeit aus ihnen selber? Dort hinten ließen sie, wie eine Fata Morgana, Château La Vallée in seiner Vollkommenheit zurück — vor ihnen aber tat sich nach einer Stunde die von Granaten vielfach angenagte, manchmal auch stärker zerbissene Häuserzeile eines Dorfes auf, das Fournes hieß.

Und somit waren sie angekommen.

Genug Soldaten ihres Regiments auf allen Wegen, von denen sie zurechtgewiesen wurden.

Sie grüßen brav jeden Gefreiten — und wurden belächelt. Sie zogen zaghaft ein in einen halbwegs gut erhaltenen Schulbezirk mit Garten, Hof und Gebäuden, darin Revier und Sanität hausten.

Hier gibt es genug Menschen mit rotem Kreuz auf weißer Binde, gleich ihnen. Ein Sanitätsfeldwebel nimmt sich väterlich-streng ihrer an.

(Fortsetzung folgt.)

Berliner SA-Führung drängt auf Blut und Terror.

Am Mittwoch abend hatten die Nazis zu einer „Massenversammlung der nationalsozialistischen Betriebszellen des Berliner Ostens“ in den Saalbau Friedrichshain eingeladen. Thema: „Der Volksstaat, wie er ist und wie er sein müßte, in Deutschland und in Sowjetrußland.“ Der KPD waren 500 Eintrittskarten zugeschickt worden und die Einladung an einen Redner, der 45 Minuten Redezeit bekommen würde. Die KP schickte als Redner den Genossen Koska, Betriebsrat der Städtischen Gaswerke. Um eine Massenschlächterei zu vermeiden, machte sie von den 500 Eintrittskarten keinen Gebrauch, sondern schickte nur 12 Genossen als Begleitung Koskas mit. Ueber das Weitere berichtet Koska in der „Roten Fahne“:

„Die SA war schon vom Vorraum bis in den Saal hinein in Prügelbereitschaft in zwei Reihen aufgebaut.

Während sämtliche Eintrittskarten für die Versammlung auf grünem Papier hergestellt waren, hatten die Gaubonzen der Nazis der KPD rote Eintrittskarten geschickt, man wußte also sofort am Eingang, wer wir sind.

Der Ruf ‚Kommune kommt‘ durchlief sofort den Saal. Einige ausgesuchte Horden begannen laut zu grölen: ‚Die rote Front, schlagt sie zu Brei, SA marschiert, die Straße frei!‘ Schon am Saaleingang begannen die tollsten Provokationen, einem Arbeitslosen, der neben mir ging, wurde die Mütze abgerissen. Wir bewahrten aber ruhiges Blut und ließen uns nicht provozieren. In der vorderen Hälfte des Saales waren für uns etwa 25 bis 30 Tische freigelassen.

Um uns herum wurde eine acht Glieder starke Kette SA aufgebaut.

Kaum hatten wir uns hingesetzt, als auch schon drohende und herausfordernde Rufe laut wurden. Während ich gerade vom Tisch aufstand und zur Toilette an der Bühne ging, plötzlich hinter mir großer Tumult, die SA hatte sich in hundertfacher Uebermacht grundlos über die zwölf Arbeiter gestürzt und sie mit Tischbeinen, Messern und Stühlen niedergeschlagen. Der Nazi-Bonze Freisler entschuldigte sich wörtlich so: Ein paar Lumpen hätten die Keilerei entfesselt. ... Ich ging nach der hinteren Saalhälfte, um die drei schwerverletzten Genossen, die dort verbunden wurden, zu sehen, da sahen wir die deutlichen Beweise der Vorbereitung,

die Nazis hatten in Erwartung der Metzelei ein ganzes Feldlazarett mit zehn Betten, 50 Sanitätern und zwei Aerzten eingerichtet.“

Man muß diese Aktion im Zusammenhang mit der geplanten Bülowplatz-Demonstration zusammenhalten, um den Willen zum Terror zu erkennen.

Im „Frankfurter Hof“ (Berlin, Frankfurter Allee) erschienen am Donnerstag abend 100 Nazis in einer KP-Versammlung über das Thema „Hitler-Jugend meutert“. Natürlich wüste Schlägerei. Drei Schwerverletzte ins Krankenhaus Friedrichshain eingeliefert (17, 18 und 22 Jahre). Festgenommen 25 Nazis und — 48 Kommunisten!

In Berlin an der Frankfurter Allee, Ecke Warschauer Straße kam es nach der Schlägerei im „Frankfurter Hof“ zu einem Zusammenstoß von Nazis mit Kommunisten. Festgenommen: ein Kommunist, drei Nazis, ein Parteiloser.

Am Kottbuser Ufer (Berlin) wurde am Donnerstag früh um 5 Uhr ein Austräger kommunistischer Zeitungen von einem Mann in Zivil verfolgt, nach dem Titel seiner Zeitungen gefragt, dann mit einem Revolver zunächst bedroht und nachher beschossen. Die Austräger auch der bürgerlichen Zeitungen verfolgten den Täter, bis er am Görlitzer Bahnhof von Polizei gestellt wurde.

In Stötteritz bei Leipzig gerieten Nazis und Sozialdemokraten in eine Schlägerei, bei der zwei Sozialdemokraten erhebliche Schußverletzungen, zwei Nazis Schlagverletzungen erlitten. Festgenommen wurde bezeichnenderweise nur ein Sozialdemokrat.

Die nervöse Polizei.

Nationalsozialisten mit Steinen beworfen.

Eine nationalsozialistische Demonstration von 250 Mann zog am Mittwoch durch den proletarischen Stadtteil Barmen von Wuppertal. Anscheinend als Antwort auf diese Provokation wurde sie in der Arbeitergegend plötzlich aus den Fenstern mit Steinen und Flaschen beworfen.

Die Polizei knallte sofort, als nicht alle Fenster sogleich zugemacht wurden, fünfzig scharfe Schüsse in die Fenster hinein.

Selbstverständlich kriegte auch ihr Ueberfallwagen einige Flaschen als Antwort zurück. Ob Personen durch die Schießerei verletzt worden sind, ist bisher noch nicht festgestellt worden; durch Stein- und Flaschenwürfe sind erhebliche Verletzungen nicht entstanden.

Arbeitslosenunruhen in Ratibor.

Etwa 2000 Arbeitslose veranstalteten am Donnerstag vor dem Ratiborer Landratsamt Kundgebungen, deren Teilnehmer aus dem Landkreis Ratibor und dem Kreise Leobschütz zusammengekommen waren. Im Verlauf der Kundgebungen kam es zum Gebrauch der Gummiknüppel durch die Polizei, die auch einige Schreckschüsse abgab. Erheblich verletzt wurde niemand. Auch Plünderungen und ähnliche Tätlichkeiten kamen nicht vor, obwohl Schaufensterscheiben eingeschlagen wurden.

Mit Tränengas gegen Erwerbslose.

Der Kampf in den polnischen Notschächten.

Wie die Erwerbslosen polnisch-Oberschlesiens immer neue Methoden ersinnen, das Verbot, aus den Notschächten Kohle zu fördern und im Dorf zu verkaufen, zu übertreten, greift die Polizei zu immer energischeren Maßnahmen zur Unterdrückung dieser Selbsthilfe der hungernden Erwerbslosen. Um den Abbau von Kohle unmöglich zu machen, hat die Polizei die Notschächte unter Tränengas gesetzt.

Lehrerschaft heraus!

Die deutschnationale Fraktion der Berliner Stadtverordneten-Versammlung hat beantragt, zu Ostern 1933 die Sammelschulen aufzulösen und keine Neuaufnahmen in die Aufbauschulen vorzunehmen.

Die Aufbauschulen sind höhere Schulen, die sich an die vollendete Volksschule anschließen. In Berlin haben viele Proletarierkinder Freistellen an den Aufbauschulen. Die meisten Schüler der Berliner Aufbauschulen stammen aus proletarischen oder Mittelstandskreisen. Die Lehrerschaft dieser Schulen stellt gegenüber den Durchschnitts-„Oberlehrern“ eine Auslese nach links hin dar.

Der Naziantrag auf Verbot und Auflösung der weltlichen Schulen ist am Donnerstag im Preußischen Landtag von den Kommunisten, Sozialdemokraten und — dem Zentrum gegen die Stimmen der Nazis und der Deutschnationalen abgelehnt worden.

Poelzig weicht den Denunzianten.

Prof. Poelzig hat sein Amt als Vizepräsident der Akademie der Künste niedergelegt. In einem längeren Brief an den Kultusminister hat er erklärt, daß die in Frage stehende belgische Ausstellung seit langem vorbereitet worden sei, und zwar in ständigem Einvernehmen mit dem deutschen Auswärtigen Amt. Sie sollte ein besonderes Entgegenkommen darstellen auf die

Veranstaltung der Ausstellung der deutschen Staatlichen Porzellanmanufaktur in Brüssel und auf die zahlreichen, in Belgien begeistert aufgenommenen musikalischen Darbietungen deutscher Künstler,

z. B. des Philharmonischen Orchesters unter Furtwängler, von Richard Strauß, Bruno Walter u. a. „Um zur Entspannung dieser Lage beizutragen“ (nämlich der durch die politische Gärung für sachliche Arbeit denkbar ungünstigen Lage), legt Herr Poelzig sein Amt nieder, offenbar in dem Irrglauben, daß Vornehmheit auf die Herren von der deutschnationalen Fraktion Eindruck mache.

Noch immer der Fall Stegmann.

Die Anhänger des fränkischen SA-Führers Stegmann geben noch immer keine Ruhe. Die SA von Ansbach veranstaltete eine große Protestkundgebung mit einem Treuegelöbnis für Stegmann und Hitler. Da Stegmann von Hitler fallen gelassen worden ist, müssen die SA Ansbach und die in der Protestversammlung Anwesenden sich als ausgeschlossen betrachten. Sie haben sich deshalb als

Freikorps Franken

zusammengeschlossen und dies gleich Hitler mitgeteilt mit der Bitte, die Niederlegung des Reichstagsmandats durch Stegmann nicht zu genehmigen, da dieser ein vorbildlicher SA-Mann gewesen sei.

Stegmann hat jetzt seine Loyalitätserklärung zurückgezogen. Er ist aus der nationalsozialistischen Partei ausgetreten und hat sich dem Freikorps Franken angeschlossen.

3000 Wormser Lederarbeitern gekündigt.

Mit dem Ziel, die Löhne um 5—15 Prozent abzubauen, hat die Lederfabrik C. Heyl A.-G. in Worms ihrer Gesamtbelegschaft,

etwa 3000 Personen, gekündigt.

Die Belegschaft ist über diese Schamlosigkeit aufs äußerste empört und zum Kampf entschlossen. Es ist durchaus möglich, daß es zum Streik kommt.

Der Prager Kraftdroschkenstreik ist am Donnerstag früh beendigt worden. Doch wird für den 23. Januar ein Generalstreik aller Kraftverkehrsunternehmer geplant.

Brandkatastrophe in Rotterdam.

Nachdem in Rotterdam erst Anfang dieser Woche das größte Varieté-Theater Hollands vollständig abgebrannt ist, brach in der Nacht zum Donnerstag wieder ein Großfeuer in der Stadt aus, und zwar in dem mit alten Lagerhäusern und Geschäftsgebäuden dicht bebauten Teil der Innenstadt. Als das Feuer am Morgen zurückgedämmt werden konnte, waren vier Gebäude vollständig vom Feuer vernichtet.

Sechs Bergleute verschüttet.

In Eond de Gras, an der luxemburgisch-französischen Grenze, wurden sechs Bergleute in einer Erzgrube verschüttet. Zu ihrer Rettung muß ein Stollen gebaut werden, dessen Herstellung 36 Stunden Arbeit erfordert. Vorläufig konnte mit den Verschütteten keine Verbindung erreicht werden.

Das Haus der guten Schuhe
H. Ebel
Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98
Telefon: D 6 Wedding 2358
Bei Vorzeig d. Inserates 5% Rabatt!

Pflanzen-Butter
(vegetabile Margarine)
garantiert reine Nuß-Fette
Sonder-Angebot:
Post-Päckchen 3 Pfd. netto nur 2,20 RM. Frei Haus gegen Voreinsendung auf Postscheck Magdeburg 179 24.
Frischkost-Reformhaus
Ernst Held, Magdeburg
Otto v. Guerickestraße 104.

Nähmaschinen
Reparaturen / Reinigung
Ersatzteile
gut schnell billig
EUGEN GEHM
Frankfurt a. M.-Riederwald
Engelsplatz 12

Oberhemdenstoffe,
Tricoline, Flanelle, Oxfords
günstige Posten Maccotuch kauft man gut und billig bei
Kurt Levy, Berlin O112
Scharnweberstr. 16/17.

Maßarbeit erstklassig und billig
Herren-Anzüge, Mäntel, Damen-Kostüme. Aufbügeln und Reparaturen
Alfred Arensberg
Berlin-Reinickendorf-Ost
Hinter der Dorf-Aue 14

Reparaturen v. elektr. Bügeleisen, Klingelanlagen usw.
Spezialität:
Anfertigung mod. Tisch- und Nachttischlampen
G. Funke, Elektrotechniker
Göttingen, Jüdenstraße 8, III

C. Lotze
Göttingen
Johannisstr. 2
Butter
Käse, Eier
Landbrot

Bürobedarfsartikel
Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen
A. H. Timmermann
Hamburg 35, Luisenweg 61 III.

Anfertigung eleganter
Damengarderobe
und
Reformkleidung
I. Fürchtenicht
Göttingen, Nikolausberger Weg 67.

Bereits 80 Mark genügen!
Und Sie erhalten einen hochwertigen Maßanzug.
aus erstklassigem Stoff,
mit bestem Futter,
in sorgfältiger Maßarbeit.
Preisänderungen nach oben und auch noch nach unten, je nach Stoffqualität. Machen Sie bitte einen Versuch!
R. Schönheit, MAGDEBURG, jetzt Johannisbernstr. 10, III.

„Haltet Euch gesund durch naturgemäße Kost“
Reformhaus Gesundheitsquelle
Berlin, Köpenicker Straße 96

BERLIN
DIE KAMERA
Unter den Linden 14 – A1 Jäger 2987
Seit 17. Januar:
Douglas Fairbanks in
Der vierte Musketier
mit Adolphe Menjou, Barbara la Marr, Fred Niblo
Der Boss
Nach dem Roman von Mark Twain: „Ein Yankee am Hofe des Königs Artus“ mit Will Rogers u. Mirna Loy
Anfangszeiten: 15, 18, 21 Uhr.

Freunde und Leser des „Funken“!
Unterstützt Eure Zeitung!
Werbt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten

VEGA KÖLN, Beethovenstraße 19
Vegetarische Gaststätte
Neuzeitliche Ernährung nach Dr. med. Bircher-Benner, Zürich
Speisezeit ununterbrochen von 12 bis 20 Uhr

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate
stellt schnell, sauber und billig her
Oscar Wettig, Geinhausen

Ist der Zins die Ursache für die kapitalistische Ausbeutung?
Läßt sich die Wirtschaftskrise durch Geldreform beseitigen?
Wer sich über diese Fragen Klarheit verschaffen will, der lese:
Führt Geldreform aus Kapitalismus und Krise?
Kritische Auseinandersetzung mit der Freigeldlehre.
Von Helene Beyer.
52 Seiten. Geheftet 0,40 M.
Aus den Presse-Urteilen:
„Mit Hilfe dieser Broschüre können unsere Schwundgeldtheoretiker ihre fundamentalen Irrtümer berichtigen.“ „Der Proletarier“ Nr. 27. 2. Juli 1932.
„Die vorliegende Schrift bringt eine sachliche Untersuchung der Lehre von Silvio Gesell.“ „Frankfurter Volksstimme“ Nr 136. vom 13 Juni 1932.
„Die Darlegungen der Verfasserin zur Frage von Zins, Krise und Goldwährung geben dem Leser fernerhin das Rüstzeug in die Hand, auch andere Geldreformprojekte kritisch zu untersuchen, desgleichen die übrigen Versuche von der Geldseite aus die Wirtschaft anzukurbeln. Gerade darum gehört die — im Gegensatz zu dem größten Teil der Geld-Literatur — leichtverständlich geschriebene Broschüre in die Hand jedes wirtschaftspolitisch Interessierten.“ „Prager Presse“ Nr 165 vom 17. Juni 1932.
Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a.
Postscheckkonto Berlin 313 42.

Was tust Du

für die Einheitsfront der Arbeiterklasse? — Wenn Du schon kein Redner und Agitator bist, verwende wenigstens bei jeder Gelegenheit **Klebemarken** mit dem Einheitszeichen. — Bestelle die Klebemarken noch heute bei der

Buchdruckerei Oscar Wettig, Geinhausen, Hessen-N.

Es kosten bei Voreinsendung des Betrages: 100 Stück 50 Pfennige, 1000 Stück 3,— Mark — Zusendung unter Nachnahme zuzüglich 30 Pf. Nachnahmegebühr

Sozialpolitische Beschlüsse.

Was wird aus ihnen?

Am Donnerstag wurden im sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages einige wichtige Beschlüsse sozialpolitischer Art gefaßt:

Die Hilfsbedürftigkeitsprüfung für die Gewährung der Arbeitslosenunterstützung und der Krisenunterstützung soll aufgehoben werden. (Antrag der SPD, einstimmig angenommen!)

Eine einmalige außerordentliche Beihilfe zur Befriedigung dringendster Lebensbedürfnisse soll an alle Empfänger von Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung gezahlt werden. (Antrag des Zentrums und der Christlich-Sozialen, einstimmig angenommen!)

Die Leistungen in der Arbeitslosenversicherung sollen aus den durch die Beiträge aufkommenden Mitteln angemessen (!) erhöht werden. (Antrag der gleichen Parteien, einstimmig angenommen!)

Die Rückerstattungspflicht für Empfänger von Wohlfahrtsunterstützung soll aufgehoben werden. (Antrag der SPD, mit Mehrheit angenommen!)

*

Hoffentlich werden die hier angenommenen Anträge schnellstens zum Gesetz erhoben. Das ist jetzt Aufgabe des Reichstages. Falls dieser am 24. Januar aufgelöst wird, ist natürlich kaum damit zu rechnen, daß diese Forderungen — obgleich sie weit dringlicher und nützlicher sind als Osthilfe, „Vollstreckungsschutz" u. s. w. — etwa auf dem Wege über den für so viele Subventionen gewisser Interessentenkreise angewandten Artikel 48 erfüllt würden. Dann dürfte es sich eben nicht um Arbeiterforderungen handeln!

Vollstreckungsschutz für minderbemittelte Mieter

Der Wohnungsausschuß des Reichstages führte am Donnerstag seine Beratungen über den Mieterschutz zu Ende. Unter anderem wurde ein kommunistischer Antrag angenommen, für die minderbemittelten Mieter einen Vollstreckungsschutz einzuführen, sodaß kein zahlungsunfähiger Mieter aus der Wohnung entfernt werden kann, ohne daß eine entsprechende Wohnung zur Verfügung steht.

Der preußische Landtag hat sich am Donnerstag abend bis zum 15. Februar vertagt.

Aus dem Lübecker Senat.

Der nationalsozialistische Mißtrauensantrag gegen den Lübecker Gesamtsenat ist in zweiter Lesung mit 39 gegen 30 Stimmen abgelehnt worden. Die Kommunisten haben sich der Stimme enthalten. Zur Annahme des Antrages wären 41 Stimmen nötig gewesen.

In erster Lesung wurde auf kommunistischen Antrag hin eine Verfassungsänderung dahingehend beschlossen, daß sich die Lübecker Bürgerschaft in Zukunft mit einfacher Mehrheit auflösen kann.

Brecht und Bracht im Streit.

Reibereien im Reichsrat.

Um die Besetzung der Stelle des Präsidenten des Reichsversicherungsamtes gerieten sich Herr Brecht ... und Herr Bracht in die Haare. Der frühere Präsident, Dr. Schäffer, sollte nach der Rückkehr aus dem Papen-Kabinett wieder in seine Stelle eingesetzt werden, was Brecht nicht wollte. Er warf Bracht mit Recht vor, daß dieser in anderen Fällen nicht so besorgt um eine pflegliche Behandlung der Beamten gewesen sei. Bracht dagegen ging über die „bekannten Meinungsverschiedenheiten" zwischen sich und „der preußischen Regierung" zur Tagesordnung über — und Herr Schäffer wurde wieder Präsident.

Ein ähnlicher Streit wurde ausgefochten, als Brecht Herrn Bracht vorwarf, daß dieser die neue Verordnung über ausländische Arbeiter benutzen wolle, einer ihm genehmen „Arbeiterzentrale" 200 000 Mark in die Hände zu spielen. Es wurde schließlich einer Verordnung zugestimmt, die mehrere andere Verordnungen über ausländische Arbeitnehmer zusammenfaßt.

Neben der Beschäftigungsgenehmigung für den Arbeitgeber tritt die Arbeitserlaubnis für den ausländischen Arbeitnehmer.

Die Zuständigkeit zur Erteilung der Genehmigung, namentlich auch zur Anwerbung und Vermittlung ausländischer Arbeiter für die Landwirtschaft soll grundsätzlich ausschließlich den Arbeitsbehörden übertragen werden. Auf Antrag der Reichsregierung wurde aber noch beschlossen, den Reichsarbeitsminister im Einvernehmen mit der obersten Landesbehörde zu ermächtigen, auch andere Stellen als zuständig zu bestimmen, soweit es sich um die Ausstellung der Arbeitskarten und anderes handelt. Die Verordnung tritt am 1. Mai in Kraft.

Wer hat die Schuld?

Behördenstreit um die Bedürftigkeitsprüfung.

Wir haben in Nr. 267 des „Funken" über ein Gutachten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung berichtet, in dem die Anstalt den Gemeinden schwere Vorwürfe macht über die Handhabung der Hilfsbedürftigkeitsprüfung.

Die deutschen kommunalen Spitzenverbände haben ebenfalls — nicht den Hilfsbedürftigen geholfen — sondern eine Denkschrift verfaßt, in der sie auf die erwähnten Vorwürfe der Reichsanstalt eingehen. Sie kommen zu dem Schluß, daß die Darstellung der Reichsanstalt zu „völlig falschen Schlüssen führt, teils indem sie einige belanglose Einzelfälle unzulässig verallgemeinert, teils indem sie falsch verstandene Nachrichten verwertet, teils indem sie aus an sich richtigen Tatsachen unrichtige Schlußfolgerungen zieht".

Dem Schluß der neuen Denkschrift kann man unbedenklich zustimmen: „Es wird höchste Zeit, daß die Organisation der Arbeitslosenhilfe endlich so einfach und so klar aufgebaut wird, daß jeder Arbeitslose sie leicht verstehen kann. Ob diese einheitliche Arbeitslosenhilfe bei der Reichsanstalt und den Arbeitsämtern oder bei den Gemeinden liegen soll, ist erst eine zweite Frage."

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat beschlossen, im Aeltestenrat am Freitag zu verlangen, daß als erster Punkt auf die Tagesordnung der Reichstagssitzung am 24. Januar die Abstimmung über den kommunistischen Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung gesetzt wird.

Der Reichslandbund „ertrotzt" weiter.

Auf der Groß-Berliner Landbundtagung hielt der Präsident, Graf Kalckreuth, den Hauptvortrag.

Er ging auf die neue Notverordnung über den Vollstreckungsschutz ein, die der besonderen Initiative des Reichspräsidenten zu danken sei. Diese neue Verordnung halte zwar die drohende Zwangsversteigerungslawine bis zur Ernte 1933 erneut auf. Sie bringe auch eine Reihe von kleinen Verbesserungen des bisherigen Vollstreckungsschutzverfahrens; aber nach wie vor bleibe es dabei, daß auf die aus dem Osthilfesicherungsverfahren ausscheidenden Betriebe die Bestimmungen des Vollstreckungsschutzes keine Anwendung fänden. Das vollkommen unzureichende Vermittlungsverfahren habe eine Veränderung oder gar Verbesserung überhaupt nicht erfahren. Mit dem Ueberwasserhalten der bedrohten Betriebe allein sei es nicht getan. Nach zehnjährigem Irren in der Wüste wirtschaftspolitischer Utopien müsse endlich in Wirtschafts- und Handelspolitik ein Weg beschritten werden, der nicht den unerfüllbaren Hoffnungen auf Wiederherstellung der unter den heutigen Weltwirtschaftsverhältnissen nicht mehr erreichbaren Exportforcierung nachjage, sondern die bis ins innerste Mark kranke deutsche Wirtschaft wieder aufzubauen suche, indem er die Kräfte sich entfalten lasse, die Deutschland noch besitzt. Er verstehe den starken Widerstand, der gerade aus Industriekreisen der Einfuhrkontingentierung für Agrarprodukte entgegengesetzt werde, nicht,

da doch zum Schutz industrieller Produktion, zum Beispiel des deutschen Stickstoffpreises, von den Hilfsmitteln der Einfuhrkontingentierung, ja des Einfuhrverbotes, schon längst wirkungsvoll Gebrauch gemacht worden sei.

(Ja, ja, Herr Warmbold, es ist nicht leicht, anderen etwas auszureden, was man — vor allem für die I. G. Farben-Industrie — selber zuläßt!)

Kalckreuth wiederholte die bekannten Forderungen nach autonomer Gestaltung der Zölle für alle hier in Frage kommenden Produkte, Kontingentierung der Einfuhr derjenigen landwirtschaftlichen Produkte, deren Zölle in anderen Handelsverträgen noch gebunden bleiben und nach möglichst schleuniger Lösung der Verträge, die noch unerträgliche Bindungen enthalten. In der Frage der Fettwirtschaft wäre die klarste und einfachste Lösung die, die

Margarine mit einer hohen Verbrauchssteuer zu belegen

und Steuerrückvergütungen in einem Umfange zu gewähren, der der nachgewiesenen Verwendung deutscher Rohstoffe in der Margarine entspricht. Die Garten- und Feldgemüsebauerzeugnisse ebenso wie Holz und Süßwasserfische seien, soweit die Zölle frei würden, durch autonome Zollsätze, in den übrigen Positionen durch Kontingentierung der Einfuhr zu schützen.

Die Aufgabe des Reichslandbundes sei es nicht, Parteipolitik (aber Großgrundbesitzer-Politik, Red.) zu treiben, auch nicht, Kabinette zu stürzen oder schaffen zu wollen. Seine Aufgabe sei es, von jedem Kabinett, das in schicksalsschwerer Stunde die Zügel der Regierung führt, eine Wirtschaftspolitik mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu erreichen und — wenn nötig — abzutrotzen, die Deutschland vor dem drohenden Zusammenbruch seiner Landwirtschaft retten könne.

Die Osthilfe im Haushaltsausschuß.

Schwere Vorwürfe gegen die Junker und die Regierung.

Im Haushaltsausschuß wurden die Osthilfe-Maßnahmen lebhaft kritisiert.

Ersing (Ztr.)

erklärte, durch die Art, wie die Osthilfe- und Siedlungsfragen betrieben worden seien, sei die Siedlung zum Erliegen gebracht und der gesunde Gedanke der Osthilfe in sein Gegenteil verkehrt worden. Die Großgrundbesitzer fürchteten von der parlamentarischen Behandlung der Osthilfe und ihrer Mißbräuche Gefahren und entfesselten daher hinter den Kulissen stärkste Aktivität für sofortige Reichstagsauflösung.

Heinig (Soz.)

behauptete, Kammerherr von Oldenburg-Januschau habe ein Darlehen von 621 000 Mark zugesagt erhalten, von denen bereits 454 000 Mark ausgezahlt seien. Auch Hermine von Hohenzollern soll mit ihrem Besitz in den Tätigkeitsbereich der Osthilfe geraten sein. Mit der erbitternden Korruption dieser Mißstände müsse Schluß gemacht werden.

Dr. Schreiber (Ztr.)

warnte davor, den wertvollen Ostgedanken durch Mißstände und Mißgriffe im Sicherungsverfahren abzuwerten.

Restorff (DNVP)

nahm von Oldenburg-Januschau in Schutz. Wenn jeder Mensch eine so weiße Weste hätte, wie von Oldenburg-Januschau, so stünde es um Deutschland besser.

Freiherr von Braun erklärte, den Forderungen auf Beschleunigung der Siedlung im Osten von ganzem Herzen zustimmen zu können. Im übrigen habe er durchaus Verständnis dafür, wenn Angriffe gegen Leute erhoben worden seien, die die Osthilfe in Anspruch nehmen und dann im Mercedes nach der Riviera fuhren. Bei der großen Zahl von Menschen, die im Osten wohnten, seien die Fälle aber ungemein selten. Der Minister erklärte im übrigen, auf Einzelheiten schon deshalb nicht eingehen zu können und zu wollen, weil das bei der großen Anzahl der Anträge gar nicht möglich sei.

Es sei damit zu rechnen, daß 40 Prozent bar und 60 Prozent unbar umgeschuldet werden können.

Die als entschuldungsunfähig erwiesenen Güter seien nicht alle auf den Gütermarkt gekommen, denn die Gläubiger seien zum Teil gar nicht in der Lage, die vorberechtigten Forderungen zu bezahlen.

Zu kleine Siedlungen seien eine große Gefahr. Vielfach habe man die Siedler zu teuer angesetzt. — Die deutsche Getreideerzeugung sei für 1932 auf 20,3 Millionen Tonnen geschätzt. Für die menschliche Ernährung und industrielle Zwecke würden davon etwa elf Millionen Tonnen benötigt. Der Rest müsse verfüttert werden, da die Ausfuhr versage. Die Kartoffelernte habe 46 bis 47 Millionen Tonnen betragen. Zwölf Millionen Tonnen seien für die menschliche Ernährung, zwei Millionen Tonnen für industrielle Zwecke, je 1,2 Millionen Tonnen für Saatgut und Schwund zur Verwendung gekommen. Der Rest werde verfüttert.

An Hand weiterer zahlenmäßiger Angaben wies der Minister nach, daß Deutschland heute bereits zum erheblichen Teil eine hundertprozentige Bedarfsdeckung aus eigenen Erzeugnissen habe.

Im Anschluß an die Ausführungen des Ministers entwickelte sich eine Geschäftsordnungsaussprache über eine vom Reichsernährungsminister abgegebene Erklärung, er wisse nicht, ob er berechtigt sei, hinsichtlich der Osthilfe Auskünfte über einzelne Persönlichkeiten und über die Summe zu geben, die diesen zugeflossen sei. Das Ergebnis dieser Aussprache besteht darin, daß der Minister zusagte, die Rechtslage zu dieser Frage der Auskunftserteilung nachzuprüfen und dem Ausschuß am Freitag Auskunft zu geben.

Der Landwirtschaftsausschuß des preußischen Landtags nahm auf Grund von Uranträgen der Zentrumsfraktion einen Antrag über die Durchführung einer „angemessenen Einfuhrregelung" für landwirtschaftliche Erzeugnisse an, worin das Staatsministerium ersucht wird, auf die Reichsregierung einzuwirken, daß

1) die Durchführung einer Einfuhrregelung für landwirtschaftliche Erzeugnisse, insbesondere auf dem Gebiete der bäuerlichen Veredelungswirtschaft, sichergestellt wird;

2) bei der Erneuerung von Handelsverträgen eine stärkere Einfuhrbeschränkung herbeigeführt wird, insbesondere für Obst, Gemüse und Wein, für Vieh und tierische Erzeugnisse, darunter besonders für lebende Rinder, Pferde, Schafe, für Speck, Schmalz und Eier sowie für Schnittholz;

3) bei den Handelsvertragsverhandlungen darauf hingewirkt wird, daß gegenüber denjenigen Ländern, die eine Förderung der Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte durch Valutadumping oder durch Ausfuhrprämien betreiben, besondere Sicherungen gegen eine Schleudereinfuhr geschaffen werden.

Mit dem Stimmschein.

Kampf der SP gegen die Nazi-Regierung.

Zur Einleitung der Propaganda für die im September fälligen Landtagswahlen veranstaltete die SP in Braunschweig am Mittwoch eine Versammlung, die ungefähr 1000 Besucher hatte. (Die SP hat in Braunschweig rund 6000 Mitglieder!)

Der Versammlungsleiter gab seiner Freude Ausdruck über den guten Besuch und nahm ihn als ein Zeichen dafür, daß die Wähler für die kommenden Wahlen sich die nötige Aufklärung von der SP holen werden.

Sodann sprach Minister a. D. Steinbrecher zu dem Thema: *„Klagges gegen den Deutschen Beamtenbund."* Er schilderte die vielfach bekannten Vorgänge und Streitigkeiten, die zwischen der Regierung Klagges und dem Deutschen Beamtenbund bestehen. Dabei erfuhr man, daß dieser Streit auch durch das zeitweilige Eingreifen des Reichsinnenministers bisher noch nicht geklärt worden ist und daß es den

Schupobeamten nach wie vor verboten ist, sich dem freigewerkschaftlichen Deutschen Beamtenbund anzuschließen.

Es folgte dann eine Aufzählung der Mißstände innerhalb der Polizei, wonach

die Polizei in vielen Fällen gegen die Nazis nicht eingreifen durfte,

ferner eine Aufzählung der „Kämpfe", die die SP im Landtag und in vielen Ausschüssen dagegen geführt hat.

Das Wichtigste aber war der Abschluß der Rede:

Mit Hilfe des Stimmzettels werden wir die Klagges-Regierung im Herbst stürzen,

und wir danken Herrn Klagges für die gute Propaganda, die er uns dazu geleistet hat; wir sehen den Wahlen zuversichtlich entgegen.

Mehr Leben brachte der Vorsitzende der Braunschweiger SP, Thielemann, mit seiner Rede über *„Nazilügen und Prophezeiungen"* in den Saal. Daß Hitler und seine Partei lügen wie gedruckt, das sollten inzwischen auch Sozialdemokraten — und aus ihnen bestand im wesentlichen die Versammlung — wissen. Sie sollten dagegen etwas Besseres unternehmen, als sich über die bisher nicht eingetretenen Prophezeiungen vom Redner Witze anzuhören und bei den saftigsten vor Begeisterung zu rasen.

In einem Lande wie Braunschweig, wo die Nazis seit 1930 diktatorisch regieren und wo Bomben-Attentäter auf leichte Weise fliehen können, sollte auch die Sozialdemokratische Partei gelernt haben, daß der Kampf gegen die Nazis — auch wenn sie in der Regierung sitzen — mit anderen Waffen geführt werden muß:

nämlich durch Aktionen der Arbeiterschaft.

Ir—g.

Die SPD hat die NSDAP „besiegt".

W. L. In großer Aufmachung war an den Kasseler Anschlagsäulen eine Massenkundgebung der „Eisernen Front" angekündigt worden, in der Philipp Scheidemann über Hitlers Ende sprechen sollte. Der Versammlung ging ein Demonstrationszug voraus. Jedenfalls war die Veranstaltung eine Massenversammlung, wie sie Kassel seit langem nicht gesehen hat. Sämtliche Stadthallensäle waren überfüllt.

Daß dieser Massenbesuch ein Vertrauensvotum für Scheidemann war, kann man kaum sagen. Das ging daraus hervor, daß während seiner Rede der Beifall mäßig war. Die Massenbeteiligung ist wohl darauf zurückzuführen, daß die SPD mal wieder auf die Straße ging und daß sich die Demonstration gegen den Faschismus richtete, den gemeinsamen Feind aller Arbeiter.

Gleich zu Beginn seiner Rede sagte Scheidemann: „Den Kampf gegen die Nationalsozialisten 1932 haben wir siegreich bestanden". Mit dem Anbruch des Dritten Reichs sei es nichts geworden. „Gibt's immer noch einen unter Euch Draufgängern (!) in der Partei, der behauptet, daß unsere Taktik nicht richtig gewesen sei?" Wenn es nach den Draufgängern gegangen wäre — meint Scheidemann —, dann wäre Hitler gekommen. So verteidigte Scheidemann die Tolerierungspolitik der SPD während der Aera Brüning und die These, daß die Wahl Hindenburgs das kleinere Uebel gewesen sei.

Ein Brocken für die Linken in der SPD: „Den Tag, an dem wir losschlagen, wenn wir ihn für gekommen halten (!), den bestimmen wir." —

Worin besteht der „Sieg" der Arbeiterschaft? Etwa darin, daß heute nicht Hitler Reichskanzler ist, sondern der Militarist Schleicher? Etwa in den in aller Welt, auch in Deutschland betriebenen Kriegsvorbereitungen? Wer macht die Arbeiterschaft zur Abwehr bereit?

Sicher nicht Scheidemann mit seinen Reden vom „Sieg". Für die Einigung der Arbeiterschaft — so meinte er —, käme nur die SPD in Frage, seinetwegen zunächst auf dem Wege über die Eiserne Front. Dies war ein offenes Wort über den Sinn der Eisernen Front!

Dänemark verhältnismäßig krisenfest!

Von den Grundlagen der dänischen Wirtschaft.

Nach der Volkszählung von 1921 verteilte sich die Gesamtbevölkerung von 3,3 Millionen Personen folgendermaßen auf die wichtigsten Erwerbszweige:

Landwirtschaft	1 077 175	33%
Handwerk und Industrie	942 234	29%
Handel und Geldwesen	321 704	10%
Verkehrs- und Kommissionsunternehmungen	221 290	7%

In den beiden Haupterwerbszweigen ist, wie nachstehende Zahlen zeigen, der Kleinbetrieb vorherrschend.

Landwirtschaft (1919):

Betriebe mit	Anteil an der Zahl der Betriebe	Anteil an der der Fläche
0,5— 10 Hektar	52,9%	14,6%
10 — 30 Hektar	33,5%	38,5%
30 — 60 Hektar	11,0%	27,9%
60 —240 Hektar	2,6%	19,0%

Industrie und Handwerk (1925):

Betriebe mit Lohnarbeitern	Anteil an der Zahl der Betriebe	Anteil an der Zahl der industriellen Arbeiter
0	50,0%	—
1— 5	42,0%	28%
6— 20	6,0%	19%
21—100	1,7%	21%
über 100	0,3%	32%*

* Durchschnitt: 260 Arbeiter.

Die Landwirtschaft ist die wichtigste Export-„Industrie" des Landes. 1931 waren an der Ausfuhr inländischer Waren im Wert von insgesamt 1260 Millionen Kronen die wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte — lebende Tiere, Speck, Butter, Eier — mit 966 Millionen Kronen beteiligt.

Man hat berechnet, daß nur ungefähr die Hälfte der Fleischproduktion der Landwirtschaft in Dänemark Absatz findet, ungefähr ein Viertel der Schweine- und Eierproduktion und ungefähr ein Siebentel der Butterproduktion. Der ausländische Markt ist also für die Landwirtschaft von sehr großer Bedeutung.

Erst seit 1914 entwickelte sich eine Exportindustrie. Bis dahin produzierte die dänische Industrie fast nur für den Binnenmarkt. Danach stieg die industrielle Ausfuhr folgendermaßen:

	in Millionen Kronen	in Prozenten der gesamten Ausfuhr
1914	85	10,9
1915—1918*	161	17,5
1919—1923*	238	19,1
1924	347	17,6
1925	315	17,5

* Jahresdurchschnitt.

Dabei reicht allerdings die Leistungsfähigkeit der dänischen Industrie bei weitem nicht aus, den Binnenmarkt zu befriedigen.

Diese wenigen Tatsachen zeigen:

Ohne den Weltmarkt kann die dänische Wirtschaft — vornehmlich die Landwirtschaft — nicht existieren. Sowohl als Käufer wie als Verkäufer ist sie von ihm entscheidend abhängig.

Der Weltmarkt ist damit aber auch ihre Achillesferse. Dänemarks natürliches Interesse wendet sich daher gegen jedweden Protektionismus im eigenen und in anderen Ländern.

Nach dem Kriege: Verstärkte Dauerarbeitslosigkeit.

Aus der folgenden Tabelle über die Arbeitslosigkeit unter den organisierten Arbeitern geht klar hervor, daß auch in Dänemark die Arbeitslosigkeit ein Dauerzustand ist und daß sie in der Nachkriegszeit erheblich gestiegen ist.

1911—1914	8,6%	1928	18,5%
1915—1918	9,8%	1929	15,5%
1919—1922	13,7%	1930	13,7%
1923—1926	14,6%	1931	17,9%
1927	22,5%		

Zu einem Teil sind es die verschärften Konkurrenzbedingungen auf dem Weltmarkt, denen die dänische Industrie nicht gut standhalten konnte, zum Teil ist es die Ausweitung des industriellen Produktionsapparates in der Nachkriegszeit, die diesen Zustand herbeigeführt haben. Allerdings scheint auch noch die Wanderung vom Lande in die Stadt ihr Teil dazu beigetragen zu haben.

Das wichtigste Material zu diesem Bericht ist entnommen dem „Statistisk Aarbog" 1920 und 1932 und den Veröffentlichungen von „Det Danske Landmandsbank", betitelt „Monatsberichte zur Wirtschaftslage Dänemarks" (1931 und 1932).

Industriekrise erst seit 1931.

Aus unserer Tabelle über die Arbeitslosigkeit geht hervor, daß nach der Krise von 1926/27 eine Wirtschaftsbelebung einsetzte, die bis 1930 währte. Erst 1931 machte sich wieder eine beträchtliche Zunahme der Arbeitslosigkeit geltend. Die Entwicklung bis zum Sommer 1932 zeigen nachstehende Zahlen:

	1930	1931	1932
April	61 000	75 000	111 000
Juni	25 800	35 200	78 000

Der Produktionsindex für die Industrie zeigt dasselbe Bild:

1927	100	1930	127
1928	108	1931	117
1929	117		

Die Berichte über einzelne Produktionszweige stimmen damit ebenfalls überein (außer bei Bier und Zucker umfassen die Angaben jeweils alle Produktionszweige):

Jahr	Betriebe	Arbeiter	Produktion
Bier:			
1929	222	3 814	2 119 000 Hektoliter
1930	212	4 042	2 291 000 Hektoliter
Zucker:			
1929	9	1 811	128 336 Tonnen
1930	9	1 837	159 354 Tonnen
Ziegeleien:			
1929	286	4 243	24 518 000 Kronen
1930	286	4 885	28 734 000 Kronen
Draht- und Kabelfabriken:			
1929	4	1 109	30 528 000 Kronen
1930	4	1 297	34 020 000 Kronen
Eisen-Schiffbau:			
1929	12	12 691	105 261 000 Kronen
1930	12	13 413	126 871 000 Kronen

Die Textilindustrie, die zweitgrößte Industrie Dänemarks, berichtet, daß der Gesamtverbrauch an Textilwaren 1930 größer war als in irgend einem anderen Jahr, und daß sich erst 1931 ein sehr mäßiger Rückgang, nämlich um nur 2,5 Prozent, bemerkbar machte. Die Verbrauchssteigerung und -erhaltung im Jahre 1930 kam den auswärtigen Konkurrenten sehr zu gute. Diese fanden inmitten der Weltkrise in Dänemark einen verhältnismäßig günstigen Markt. Die Folge war ein Absinken des Anteils der einheimischen Industrie am Gesamtabsatz von 38,2 auf 36,6 Prozent. 1931 gelang es der einheimischen Industrie, wenigstens diesen Anteil zu halten.

Anderen Industrien — vornehmlich einigen Exportindustrien — ging es ähnlich im internationalen Konkurrenzkampf:

Ausfuhr an	1929	1930	1931
Maschinen (in Kronen)	45 430 000	43 473 000	24 349 000
Schiffen (in Bruttotonnen)	94 435	106 035	80 340
Zement (in Tonnen)	465 431	315 060	151 845
Kraftwagen (in Stück)	14 686	13 338	10 705
Gesamtwert des Industrieexports (in Kronen)	325 000 000	298 000 000	229 000 000

Diese Zahlen lehren, daß der

Druck auf die dänische Industrie vom Weltmarkt her einsetzte;

denn während 1930 im allgemeinen das Jahr der größten Produktion seit 1927 war, sank bereits in diesem Jahr der Export.

Landwirtschaftskrise schon 1930.

Bei der Betrachtung der folgenden Zahlen können wir aber mit unserer Feststellung weiter gehen: Der Druck auf die *gesamte* dänische Wirtschaft setzte vom Weltmarkt her ein. Der Wert der monatlichen Ausfuhr des wichtigsten Produktionszweiges — der Landwirtschaft — entwickelte sich folgendermaßen:

1929	107 Millionen Kronen
1930	101 Millionen Kronen
1931	85 Millionen Kronen
1932	73 Millionen Kronen

Mengenmäßig gesehen entwickelte sich die Ausfuhr direkt entgegengesetzt. Ein Zeichen, daß der Kampf um den Absatz schärfer wurde! Die erzielten Preise fielen außerordentlich stark:

Durchschnittspreise in Kronen für 100 kg:

	Butter	Speck	Eier
Dezember 1929	296	152	220
1930	245	129	132
1931	209	82	106
1932	178	74	90

Diese Preissenkung wirkt auf die Landwirtschaft katastrophal, weil deren Gestehungskosten längst nicht in demselben Maße sanken. Die Entwicklung der Preisindices für Einfuhr- und Ausfuhrwaren geben uns dieses Mißverhältnis wieder; denn bei den *Einfuhr*waren handelt es sich im wesentlichen um industrielle Rohstoffe und Fertigwaren, und um landwirtschaftliche Rohstoffe (Futtermittel u. s. w.), bei den *Ausfuhr*waren um landwirtschaftliche Produkte.

		Ausfuhr	Einfuhr	Unterschied
Dezember	1929	156	142	+ 14
1. Halbjahr	1930	133	132,5	+ 0,5
2. Halbjahr	1930	118	121	— 16
1. Halbjahr	1931	97	113	— 17
2. Halbjahr	1931	94	111	— 17
Januar—Oktober	1932	82	119	— 37

Wir können also zusammenfassen: Während im allgemeinen der jüngste Krisenausbruch — gemessen an der Arbeitslosigkeit — erst 1931 zu verzeichnen war, machte er sich für die Landwirtschaft schon 1930 bemerkbar.

Dasselbe gilt auch für den Schiffsfrachtenmarkt. Der Bruttofrachtbetrag in Millionen Kronen sank so:

1929 206 1930 175,1 1931 154

Die Pleitekurve.

Die volle Wucht der Krise spiegelt sich in der „Pleitekurve" wieder. („Pleitekurve" = Konkurse + Anträge auf Zwangsvergleich + Zwangsauktionen.)

Monatsdurchschn.	Pleitekurve für alle Wirtschaftszweige	Veränderung in Proz.	Zwangsauktionen in der Landwirtschaft	Veränderung in Proz.
1929	248		40	
1930	189	— 24	27	— 33
1931	297	+ 56	101	+278
1932*	481	+ 63	174	+ 71

* Für 1932 Durchschnitt nur für Januar-November.

Diese Angaben zeigen erstens die uns schon bekannte Tatsache, daß die Krise erst 1931 scharf einsetzte, und zweitens, daß sie in der Landwirtschaft schärfer als im allgemeinen ist.

Längst nicht so schwer als in Deutschland.

Im Dezember 1932 waren in Deutschland 8,6 Prozent der Bevölkerung amtlich als arbeitslos registriert, in Dänemark 4,5 Prozent. Bis 1931 wurden in Dänemark noch in den verschiedensten Industriezweigen verhältnismäßig gute Dividenden gezahlt:

	1929	1930	1931
Vier größte Banken	8 %	7,5 %	6 %*
Store Nordiske Telegrafselskab	20 %	20 %	20 %
Det danske Kulkompagni	6 %	6 %	6 %
Acht Reedereien	8 %	3 %	0,6 %
Zwei Schiffs- und Maschinenbaugesellschaften	9 %	8 %	—
Vier Genußmittelwerke	14 %	13 %	12,5 %

* Nur für drei Banken.

Der Reallohn stieg, denn die Lebenshaltungskosten fielen, während die Geldlöhne fast gleich blieben.

Index der Lebenshaltungskosten.

1928	175
1929	173
1930	166
1931	156
1. Halbjahr 1932	154,5

Löhne in Handwerk und Industrie für 117 784 Arbeiter (Oere pro Stunde).

	Gelernte	Ungelernte	Frauen
Oktober 1928	155	127	82
Oktober 1929	157	127	83
Januar 1930	154	124	83
Oktober 1930	161	130	85
Jahresdurchschnitt 1931	156	128	84,5

Für 1932 gelten im wesentlichen die Löhne von 1931. In Schiffahrt und Landwirtschaft geht die Nominallohnentwicklung in derselben Richtung.

Einen ungefähren Anhaltspunkt für die Entwicklung des Gesamteinkommens in der dänischen Volkswirtschaft gibt das Gesamteinkommen der Einkommensteuerzahler. Es ist bis 1931 noch gestiegen; allerdings stieg auch ungefähr entsprechend die Zahl der Steuerzahler. Dafür, daß die Krise schärfere Spuren in der Landwirtschaft als in den übrigen Wirtschaftszweigen hinterläßt, ist kennzeichnend das Sinken des Gesamteinkommens der Steuerzahler in den Landbezirken trotz auch dort steigender Zahl der Steuerzahler. In den Provinzstädten und der Hauptstadt ist die Tendenz umgekehrt.

Das Gesamteinkommen der breiten Bevölkerungsschichten wird inzwischen trotz steigenden Reallohns beträchtlich gesunken sein. Die große Arbeitslosigkeit und die schwere Lage der Bauernschaft sprechen eindeutig dafür.

Massenkaufkraftverfall und Protektionismus als Ursache der dänischen Krise.

Die wesentlichen Ursachen der dänischen Krise sind die gesunkene Kaufkraft und der Protektionismus der Auslandskunden. Das leuchtet ohne weiteres ein, wenn man weiß, daß 1930 Deutschland und England zusammen 77 Prozent der gesamten dänischen Ausfuhr aufnahmen.

Die infolge der internationalen Krise verminderte Kaufkraft der dänischen Landwirte und der in der Schiffahrt Beschäftigten wirkte selbstverständlich hemmend auch auf die industrielle Tätigkeit in Dänemark. Die gefährliche Wechselwirkung zwischen Krise als *Wirkung* und als *Ursache der Krisenverschärfung* setzte auch hier ein.

Interessant und wichtig ist aber, daß auch die dänische Industrie Fehlinvestitionen aufzuweisen hat. Im Dezember 1932 stand die große Schiffs- und Maschinenbau A.-G. Burmeister und Wain, die in ihren besten Jahren 10 000 Arbeiter und heute immer noch 4000 beschäftigt, vor dem Bankrott. In den Folkething-Verhandlungen, in denen ein Moratoriums-Gesetz für Burmeister und Wain behandelt wurde, fielen schwere Vorwürfe gegen die Dividenden-, Tantieme- und Invostionspolitik der Geschäftsführung.

Im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit wurde in durchaus fruchtbarer Weise mit manchen gesetzgeberischen Maßnahmen von Seiten der Regierung geführt.

Daß 1930 und 1931 die Krise noch nicht so schwer war, hat in erheblichem Umfang seinen Grund in der Aufrechterhaltung einer regen Bautätigkeit, die durch die Regierung gestützt wurde. Im Frühjahr 1931 wurde im Reichstag ein Anti-Kartell-Gesetz angenommen. Im Sommer 1932 regte der Sozialminister die in Frage kommenden Interessenten zu Verhandlungen an über die Möglichkeit der Einführung der Vierzigstunden-Woche und der Ausschaltung der Ueberstunden-Arbeit. Nach der Wahl im November 1932, bei der die SP-Regierung gesiegt hat, wurde ein Rat gebildet, der Pläne zur Bekämpfung der Krise und Arbeitslosigkeit ausarbeiten soll. Unabhängig von der Tätigkeit dieses Rats hat die Regierung kurz vor Weihnachten ein beachtliches Arbeitsbeschaffungsprogramm vorgeschlagen, daß im wesentlichen die Durchführung öffentlicher Arbeiten vorsieht.

Die Arbeitslosen Dänemarks werden unterstützt; doch die Art und der Umfang der Unterstützung ist recht verschieden, sodaß man das nicht in wenigen Worten darstellen kann.

Einen bemerkenswerten Erfolg im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit hat die gewerkschaftlich gut organisierte Arbeiterschaft zu verzeichnen; es ist ihr gelungen, die Reallöhne zu *erhöhen*. Das ging selbstverständlich nicht ohne Kampf ab. Aber die Arbeiterschaft hatte auch in anderen Teilen des Volkes, vor allem bei der kleineren Bauernschaft, eine gute Hilfe in ihrem Kampf um die Erhaltung und Erhöhung ihrer Kaufkraft. Denn viele Bauern waren einst Arbeiter oder stammen aus Arbeiterfamilien. Darüber hinaus besitzt der dänische Bauer ein gutes Maß von wirtschaftlicher Erfahrung und Bildung;

der dänische Bauer weiß daher, daß von der Kaufkraft der breiten Bevölkerungsschichten auch seine Existenz abhängt.

Allerdings machen sich auch — vor allen Dingen in konservativen Kreisen — Gedanken und Pläne geltend, die praktisch auf die Senkung des Einkommens der breiten Bevölkerungsschichten abzielen — sei es durch Inflation, sei es durch Zölle und ähnliche preistreiberische Maßnahmen. Es scheint auch, daß diese Pläne an Boden gewinnen, und zwar deshalb, weil die Not der Bauern nicht weichen will. Hier muß die *Arbeiterschaft* durch ihre Organisationen helfend eingreifen, indem sie praktisch brauchbare Vorschläge zur Linderung der Not der *Bauern* bringt.

Bauern und Arbeiter sollten gerade heute mehr denn je enger miteinander arbeiten und kämpfen — auch in Dänemark. Nur dieses Bündnis ist der Schutz gegen die Gefahr des völligen Versinkens in wirtschaftliche Barbarei.

Alexander Dehms.